

Bezugspreis: Für die erste Hälfte August 50000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für die erste Hälfte August für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 64000 M., für das übrige Ausland 75000 M. Postbezugspreis freibleibend. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 2. August 1923

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postkontonummer: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diktonto-Gesellschaft, Postfach 110, Lindenstraße 3

## Der britische Kabinettsbeschluss.

### Gemeinsame Antwort unmöglich.

London, 1. August. (WIB.) Die Reuter meldet, trat das Kabinett heute vormittag zusammen und behandelte das britische Vorgehen betreffend das Reparationsproblem. Man sei allgemein der Überzeugung, daß zurzeit eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland nicht erfolgen könne; wenn aber die Regierung sich zu einer Separatantwort entschließen, so werde man sein Bestes tun, um Frankreich zu ermöglichen, sich der britischen Politik anzuschließen, sofern es dies wünschen sollte.

London, 1. August. (WIB.) Wie Reuter erzählt, ist eine der Fragen, über die das Kabinett beschließen wird, die, ob die verschiedenen Noten und Schriftstücke, die in der Reparationsfrage gewechselt wurden, veröffentlicht werden sollen. Wahrscheinlich werden die britischen Minister während der nächsten beiden Tage im Hinblick auf den großen Umfang der zu bewilligenden Arbeit beinahe ständig zusammenbleiben.

Den Blättern zufolge dauerte die Vollziehung des Kabinetts am heutigen Vormittag, in der die Prüfung der belgischen und französischen Antwort fortgesetzt wurde, zweieinhalb Stunden. Heute abend wird das Kabinett im Unterhaus eine weitere Sitzung abhalten. Das Unterhaus tritt morgen um elf Uhr vormittags zusammen. Es steht noch nicht fest, ob der Premierminister seine wichtige Erklärung über das Reparationsproblem gleich zu Beginn der Sitzung oder erst im Laufe des Nachmittags machen wird.

Zu der beabsichtigten Veröffentlichung eines englischen Weißbuchs meint der Pariser „Matin“, wenn die englische Regierung noch irgend welche Hoffnung auf eine erfolgversprechende Fortführung der Verhandlungen hätte, sie sich sicherlich nicht zur Veröffentlichung der bisher geheimgelassenen Dokumente entschließen würde. Man müsse sich also auf einen Abbruch der Verhandlungen und auf ein englisches Sondervorgehen gefaßt machen. Gegen die Verschärfung der englisch-französischen Beziehungen durch die Antwort Poincarés an Baldwin wendet sich sehr entschieden die Pariser Zeitung „Journal Industrielle“. Sie schreibt u. a.: Die These Poincarés sei zwar juristisch und logisch unangreifbar und ein dialektisches Meisterstück, aber sie rede an allem vorbei, was England und die übrigen Alliierten in erster Linie beschäftige. Mit Abstraktionen lasse sich eine Verständigung weder unter Individuen, geschweige zwischen Völkern erzielen. Darüber hinaus bildeten Poincarés Ausführungen in ihrer engen Beschränkung eine außerordentliche Gefahr für Frankreich. Indem sie die Fragen des passiven Widerstandes und der interalliierten Schulden in den Vordergrund stellte und auf diese Weise isoliere, riskiere die französische Antwort, daß die Schlacht ausschließlich auf diesem Gebiet geschlagen werde. Ein französischer Erfolg in der Frage des passiven Widerstandes, der übrigens nur formaler Natur sein würde, hätte zur Wirkung, daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Frankreich Stellung nehmen würde, und es sei zum mindesten fraglich, ob der Quai d'Orsay auf die Dauer einer solchen Welle werde Widerstand zu leisten vermögen.

### Uebereinstimmende Antwortnoten Englands und Italiens.

London, 1. August. (EE.) Es kann nunmehr als sicher angenommen werden, daß — falls nicht noch in letzter zwölfter Stunde eine Verständigung mit Frankreich erfolgen sollte — mit der englischen auch die italienische Regierung in einer separaten Note die deutschen Juniavorschläge beantworten wird. Immerhin wird an Stellen, die unterrichtet sein müssen, versichert, die beiden Noten der englischen und italienischen Regierung würden inhaltlich in weitgehendstem Maße einander angepaßt werden.

Rom, 1. August. (WIB.) Im beratenden Ausschuss der katholischen Volkspartei beantragte Abg. Gronchi, daß die Partei auf dem internationalen demokratischen Kongress in Freiburg i. Br. vertreten werde, um dort die Auffassungen der Partei über die internationale Politik, die sich auf dem Gedanken des Christentums und des Friedens gegenüber national imperialistischen und imperialistischen Ausschreitungen gründen, darzulegen. Hinsichtlich der Ruhrbesetzung und der Reparationsfrage betont der Ausschuss das Interesse Italiens wie ganz Europas, den Zusammenbruch Deutschlands und seinen Verfall in Bolschewismus zu verhindern und es in den Stand zu setzen, die nach seiner Leistungsfähigkeit möglichen Zahlungen zu entrichten.

### Frankreichs Zahlungsbedingungen.

Paris, 1. August. (WIB.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ hatte heute morgen berichtet, daß Frankreich alle nicht in Gold- oder Sachwerten bestehenden deutschen Zahlungen ablehnen würde, und hinzugefügt, daß sich Frankreich damit im Widerspruch zu der belgischen Politik befände, die sich ausdrücklich zur Annahme deutscher Wechsel und Wertpapiere bereit erklärt habe, wenn diese durch ausländische Kreditinstitute garantiert seien. Hierzu bemerkt heute abend der „Temps“, der „Daily Telegraph“ müsse sich nicht unterrichten sein, denn weder in seiner letzten Note an England noch bei irgendeiner früheren Gelegenheit habe Frankreich derartige Zahlungen abgelehnt. Im Gegenteil, bisher sei es immer die englische Regierung gewesen, die sich jeder praktischen Lösung des deutschen Zahlungsproblems widersetzt habe.

### Frankreichs Geiselnkrieg.

Schon der äußere Hergang der rechtswidrigen Ruhrbesetzung bewies, daß die Franzosen auf gewaltsamen Widerstand rechneten. Sie fanden nur passiven Widerstand, und erst, als sie darauf mit Verfolgungen und immer ärgeren Quälereien antworteten, kam es zu einzelnen Aktionen tätlichen Widerstandes, die jedoch von der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes im besetzten Gebiet wie im unbesetzten Deutschland durchaus mißbilligt wurden. Wie wenn Krieg wäre, haben die Franzosen und Belgier auf jeden vermeintlichen oder wirklichen Sabotageakt mit der Festnahme von Geiseln geantwortet, und sie haben das Kriegsmäßige dieses Vorgehens noch dadurch verschärft, daß diesen Geiseln vielfach die Rechte politischer Gefangener versagt und sie gleich schwerverurteilten Strafgefangenen behandelt wurden. Schändliche Mißhandlungen haben dabei nicht gefehlt. So hat man den als Geisel wegen des Sprengattentats auf der Hochfelder Brücke festgenommenen städtischen Beigeordneten Weiß, weil er vor Kenntnisnahme der Hausordnung auf den Schemel gestiegen war, geschlagen und eine Stunde stehen lassen, obwohl es sich um einen Beinamputierten handelt!

Ueber allen Ruhrzwang hinaus jedoch gehen die Geiselnverhaftungen zur Erzwingung der Straffreiheit von Verbrechern französischer Herkunft selbst im unbesetzten Deutschland! Es sind bei deutschen Gerichten zurzeit die Franzosen Bergasse und Aubert unter der Beschuldigung gemeiner Verbrechen in Untersuchung, der eine von beiden sogar wegen Sittlichkeitsverbrechen an Personen im strafrechtlich geschützten Alter. Um die Freilassung dieser beiden Leute zu erzwingen, haben die Franzosen gedroht, jeden Tag bis zur Freilassung einen Deutschen im besetzten Gebiet festzunehmen. Es ist nicht bekannt, ob diese infame Drohung ausgeführt worden ist; fest steht dagegen, daß in dem dritten Fall, in dem des Schuldes, schon mindestens acht Deutsche als Geiseln sitzen. Dieser Schuldes ist wegen Spionage in reichsgerichtlicher Untersuchung; er ist geborener Deutscher, hat sich später in Frankreich einbürgern lassen, dann aber durch Anstellung im Reichsbahndienst die Reichsangehörigkeit zweifellos wieder erworben. Der schwer belastete Schuldes genießt die Rechte deutscher Untersuchungsgefangener; er darf z. B. auch den Besuch seiner Frau empfangen. Um diesen Mann der deutschen Justiz zu entziehen, nimmt französisches Militär auf deutschem Boden ungehindert wehrlose und unschuldige Deutsche fest und sperrt sie ein.

### Schluss in Sinaja.

#### Anleihe und Kontrolle für Ungarn.

Sinaja, 31. Juli. (Orient-Radio.) Die unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Bratianu abgehaltene letzte Sitzung der Kleinen Entente gelangte zu einer endgültigen Verständigung über die ungarische Anleihe. An die Reparationskommission wird eine schriftliche Antwort gesandt werden, in der die Bedingungen einer Aufhebung der allgemeinen Hypothek auf ungarischem Staatsbesitz und eine scharfe Kontrolle festgelegt werden, damit das durch die Anleihe erlangte Geld weder für Rüstungen noch für Zwecke der Propaganda Verwendung finden könne. Die Bedingungen der Kontrolle werden noch geheimgehalten. Ferner wurde die allgemeine Politik der Kleinen Entente, insbesondere gegenüber Deutschland, durchberaten. Es wurde ein völliges Einvernehmen der Kleinen Entente dahin erzielt, sich bei ihrem Vorgehen dem der großen Mächte anzuschließen. (Da die großen Mächte untereinander über das Verhalten zu Deutschland so wenig einig sind, sagt dieser Schlusssatz gar nichts. Red.)

Warschau, 1. August. (WIB.) „Kurjer Polski“ vermutet, Witos habe Dmowski angeboten, als Nachfolger des Außenministers Senda in die Regierung einzutreten.

Ein Leitartikel des gleichen Blattes führt aus, die gegenwärtige Regierung, die sich besonders intimer Beziehungen zu Frankreich rühme, sei in der Jaworzyna-Frage, in der Danziger Frage und im allgemeinen vom Völkerbund und von Frankreich wenig unterstützt worden. Der französische Senat habe der Eilfortschritt zugestanden Anleihe von 400 Millionen Francs noch nicht zugestimmt. Das Verhältnis zu Frankreich sei nicht gefestigt, sondern geschwächt. Nicht nur Senda persönlich, sondern seine ganze Partei zeige eine unglückliche Hand.

Dmowski ist der Führer der Nationaldemokraten und nie ein Freund Deutschlands gewesen — was man ihm für die Zeit der preußisch-deutschen Monarchie nicht verübeln kann, da sie ihre Polen gewaltsam germanisieren und schließlich noch das von ihr geschaffene „selbständige“ Polen verstimmen wollte. Im übrigen ist der französische Wunsch nach Aufnahme Bolens in die Kleine Entente in Sinaja unerfüllt geblieben; man kann das als Zeichen dafür nehmen, daß die Kleine Entente sich nicht zum Werkzeug Frankreichs machen will.

Harding außer Gefahr. Präsident Harding hat die Krisis überstanden und befindet sich auf dem Wege zur Genesung.

### Die Politik der Partei.

Guter Rat ist teuer, schlechter ist billig. Gilt dieser Satz allgemein, so gilt er ganz besonders jetzt. Denn je schlimmer die Zeiten werden, desto teurer wird der gute Rat und desto billiger der schlechte.

Wer das Seine tut, um unglückliche und ratlose Menschen vor schlechtem Rat zu bewahren, dessen Befolgung ihre Lage nur verschlimmern würde, hat damit schon einen Teil seiner Aufgabe im Interesse der arbeitenden Massen erfüllt. Wenn die Sozialdemokratische Partei und ihr Zentralorgan, der „Vorwärts“, so viel Kraft daran wenden müssen, um falsche Heilslehren zu bekämpfen, die dem hungernden Volk dargeboten werden, so ist es nicht ihre Schuld. Denn wenn heute die Völkischen die „Sizilianische Vesper“ proklamieren und in Verschwörungen gegen die Republik das Heil suchen, wenn morgen die Kommunisten den „revolutionären Befreiungskrieg“ mit Rußland gegen die Entente predigen oder die „Arbeiter- und Bauernregierung“ fordern, die radikal alle Lebensmittel beschlagnahmen soll, so ist es notwendig, sich mit solchen Fieberphantasien auseinanderzusetzen. Das fordert Zeit und Raum, und schließlich entsteht leicht der Eindruck, als erschöpfe man sich im Negativen. Aber welches Unglück, noch viel größer als das gegenwärtige, würde hereinbrechen, wenn diese Aufklärungsarbeit nicht geleistet würde!

Wenn nun die positive Politik der Partei nicht überall das Verständnis findet, das wir ihr wünschen, so liegt das vornehmlich an zwei Umständen: erstens wird oft vergessen, daß die Sozialdemokratie nur eine Minderheit ist und keine diktatorische Macht üben kann, zweitens aber liegt es im Wesen einer wirklich positiven Politik, daß sie nicht so ohne weiteres verständlich ist wie eine Politik der bloßen Schlagworte, hinter denen bei näherem Zusehen kein vernünftiger Sinn steht.

Die Sozialdemokratische Partei hat nach außen stets die Politik verfolgt, die Einheit der deutschen Republik zu verteidigen, ihr Sympathien in der Welt zu gewinnen, ihr Verhältnis zu den ehemaligen Kriegsgegnern und den Neutralen zu bessern, dem Deutschen und dem deutschen Arbeitsprodukt wieder den freien Weg in die Welt zu öffnen. Sie tritt darum für die Erfüllungspolitik ein, das heißt dafür, daß Deutschland jeden leistbaren Betrag zur Wiedergutmachung der allgemeinen Kriegsschäden auf sich nimmt. Gegen die Zerstückelung Deutschlands durch einen feindlichen Imperialismus, gegen die Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse durch einen ausländischen Kapitalismus setzt sie sich mit Kräften zur Wehr.

Soweit diese Politik unter sozialdemokratischem Einfluß befolgt wurde, hat sie auch Erfolg gehabt. Die Welt steht nicht mehr geschlossen gegen uns, und das ist — trotz der schweren wirtschaftlichen Krise, in der wir uns befinden, darf das nicht übersehen werden — ein Gewinn, der sich in Zukunft auswirken verpricht. Hätte man nicht Zickzackpolitik getrieben, sondern unsere Ratschläge geradlinig verfolgt, so wäre der Erfolg noch größer.

Man mag darüber streiten, ob die Ruhrbesetzung zu verhindern war. Die Meinungen sind darüber geteilt. Aber jedenfalls wäre es dem französischen Imperialismus noch viel schwerer geworden, seine Absichten zu verwirklichen, wenn Deutschland auch in seinen inneren Maßnahmen die Entschiedenheit seiner guten Absichten zu klarerem Ausdruck gebracht hätte.

Nach dem Ruheinmarsch hat die Sozialdemokratie jenen passiven Widerstand gegen die französische Gewaltpolitik organisiert, an dem sich die stärkste Militärmacht der Welt so gut wie vergeblich die Zähne ausgebissen hat; sie hat die nationalpolitische Wahnsinnspolitik energisch bekämpft und zu klaren Reparationsangeboten gedrängt. Auf ihre Initiative ist vor allem das deutsche Memorandum vom 7. Juni zurückzuführen, das England zu einer entschiedenen Abgabe an die französische Ruhrpolitik veranlaßt hat.

Jetzt fordert die Sozialdemokratie, daß in entgegenkommender Absicht mit jedem Reparationsgläubiger verhandelt wird, der mit Deutschland verhandeln will, daß aber die Freiheit der Arbeit und das demokratische Recht auf dem Boden der deutschen Republik wiederhergestellt werde. Um den Anspruch des deutschen Volkes auf Gleichberechtigung zu unterstreichen und Wege der friedlichen Verständigung zu öffnen, fordert sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

So stellt sich in den Hauptzügen die positive Außenpolitik der Sozialdemokratie dar. Um sie zu verstehen, ist eine gewisse Anstrengung des Denkens unentbehrlich. Aber es ist entschieden nützlicher, sie energisch zu unterstützen, als die Behre mit Schlagworten zu beläuben, wie es Nationalisten und Kommunisten tun.

In der inneren Politik ist die Partei unausgesetzt im Sinne ihrer grundsätzlichen Forderungen tätig. Daß die Republik, die nun bald fünf Jahre lang besteht, ohne die Sozialdemokratie nie geworden wäre und keinen Tag hätte bestehen können, bedarf kaum besonderer Hervorhebung. Zum Schutz der Verbraucher vor Uebersteuerung, zum Schutz der Währung vor Verfall, für wirklich ein-

greifende Besteuerung des Besitzes stand die Partei in ständigem Kampf gegen entgegengelegte Interessen und deren wirtschaftsmächtige Vertreter.

Und auch hier ist es wieder der positive Charakter der sozialdemokratischen Politik, der das allgemeine Verständnis für sie erschwert. Es wird hier ein Kampf geführt um positive Ziele in unzähligen Körperschaften über unzählige Gesehe, Verordnungen, Maßnahmen und Vorschläge, deren Sinn ohne ernstes Studium oft nicht leicht zu begreifen ist. Es ist z. B. nicht jedermanns Sache, einen Aufsatz zu lesen, der den weitestgehenden Ursachen der Marklatastrophe im einzelnen nachgeht und praktische Vorschläge zur Abhilfe macht. Und doch dient ein solcher Artikel den Interessen der Arbeiterschaft ungleich besser als alles Kreischen der „Roten Fahne“.

Im einzelnen dürfen wir an das große Finanzprogramm erinnern, für das die Partei in einen neuen Kampf eingetreten ist, und an die Forderung nach wertbeständigen Löhnen, an deren Erhebung und fortschreitender Anerkennung gerade der „Vorwärts“ nicht ohne Verdienst sein dürfte.

Man wird einwenden: „Es ist schon wahr, daß sich die Arbeit der Partei in richtigen Bahnen bewegt hat, aber es geht trotz alledem schlecht. Vielleicht ginge es besser, wenn die Partei eine stärkere Energie daran gewandt hätte, ihre Forderungen auch wirklich durchzusetzen.“

Daß es in der Welt und besonders in Deutschland schlecht geht, ist leider ganz unbestreitbar. Und es ist psychologisch auch begreiflich, daß verzweifelte Menschen ihren Unmut gegen den zum Ausdruck bringen, der ihnen am nächsten steht: also z. B. an der Frau oder an der Partei oder an ihrer Zeitung!

Aber dann dürfen auch diejenigen, die das Ziel dieses Unmuts sind, um ruhige Ueberlegung und um Gerechtigkeit bitten. Auch die Partei. Auch die Zeitung.

Das Durchsetzen von Forderungen ist eine Frage der Macht. Wie man die Macht, die man besitzt, am besten ausnützt und zugleich noch vermehrt, ist eine Frage der Taktik.

Nun wird über nichts so viel gestritten, wie über die Fragen der Taktik, ganz besonders über die Koalitionspolitik. Es gibt Genossen, die meinen, wenn sich die Partei von jeder Koalition fernhalte, so werde sie die Macht gewinnen, ihre Forderungen durchzusetzen. Andere sind der Meinung — die auch immer im „Vorwärts“ vertreten wurde —, daß die Partei nicht in jedem Fall auf die Ausnutzung von Koalitionen und direkte Einflussnahme auf die Regierung, daß sie nicht auf die Durchsetzung der Verwaltung mit Sozialisten und aufrichtigen Republikanern verzichten könne, ohne die Republik und die Sache der Arbeiterschaft aufs schwerste zu gefährden. Sie sehen in der Koalition eine moderne, den gegebenen Verhältnissen angepaßte Form des Kampfes um die Macht und glauben, daß die Partei, indem sie an verantwortlicher Stelle für Auffassungen und Forderungen der sozialistischen Arbeitermassen wirkt, auf die Dauer eine stärkere werdende Kraft entfalten kann, als durch bloße Opposition. Vor allem glauben sie, daß es in der gegenwärtigen Zeit gefährlich sei, den Bürgerlichen unter allen Umständen das Regieren in Reich und Staat allein zu überlassen und die Gegner zu einem einheitlichen Block unter Führung der äußersten Reaktion zusammenzuschließen. Sie sind keine begeisterten Freunde der „großen Koalition“ im Reich, sie sehen in ihr nur unter Umständen das kleinste von allen drohenden Übeln, aber sie erkennen an, daß unsere Genossen in der preussischen Regierung, die doch auch eine Regierung der großen Koalition ist, für die Republik und die Arbeiter nützliche Arbeit leisten.

Ueber die Frage, wie der Einfluss der Partei am wirksamsten geltend gemacht werden kann, wird nie volle Uebereinstimmung bestehen. Hier muß eben die Mehrheit entscheiden, und die Partei muß dann diszipliniert auf der Linie der eingeschlagenen Taktik marschieren in dem Bewußtsein, daß schließlich nicht das Wie, sondern das Was das Entscheidende ist.

Das Wie ist die Frage: nur Agitation von außen oder

auch Einfluß von innen, Opposition oder Koalition? Das Was sind die positiven Forderungen der Partei und der Kampf um sie. Wir glauben gezeigt zu haben, daß die positive Politik der Partei die einzige ist, die geeignet ist, nicht mit einem Schlag, aber in zäher, zielbewusster Arbeit eine Besserung der furchtbaren außen- und innenpolitischen Situation herbeizuführen.

Diesigen aber, die das mit uns erkennen, sind auch mit uns verpflichtet, den Kopf oben und den Sinn klar zu halten. Ganz Europa, besonders Deutschland, geht durch eine schwere Krise, die Partei und jeder einzelne Genosse geht diesen schweren Leidensweg mit. Aber nur klare Erkenntnis und Festigkeit können die Gefahr bannen. Denn:

Wer in schwankender Zeit auch schwankend gefinnt ist,  
Der vermehrt das Übel und trägt es weiter und weiter.  
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt,  
Dem bildet die Welt sich!

## Eine Krise, die keine sein soll.

Seit die „Germania“ ihren mehrfach besprochenen Alarmruf „In höchster Not!“ ausgestoßen und der Regierung Cuno attestiert hatte, daß sie zu mindest innenpolitisch bankrott sei, kommt trotz aller Abwiegungen die Erörterung über das Schicksal der Regierung nicht zur Ruhe. Neuerdings hat auch die „Zentrumsparlei-Korrespondenz“, die man als das Organ der Fraktion ansprechen kann, zur politischen Lage Stellung genommen. Sie wendet sich zwar gegen alle Krisengerichte, bestätigt aber dem Artikel der „Germania“, daß er, obgleich „ohne Führungsnahme mit der Fraktion erschienen“, doch vieles Zutreffende gebracht habe. In den weitesten Kreisen sei man besorgt angefaßt der trotz aller Mahnungen seit langem andauernden zögernden Haltung der Reichsregierung. Schon längst hätte die Regierung erkennen müssen, daß durch die Vermehrung des Geldumlaufs allein der passive Widerstand nicht zu finanzieren sei. Die „Zentrumsparlei-Korrespondenz“ hält aber auch dem Reichstag vor, er habe sich nicht so verhalten, um der Regierung zu energischen und entscheidenden Schritten Vertrauen einzuschleusen. Schließlich fordert die Korrespondenz, es müßten von allen Kreisen der Nation die größten Opfer gebracht werden, selbstverständlich je nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen: Den Besitzenden müßten und könnten die größten Lasten auferlegt werden. Das erfordere jetzt die große Not des Vaterlandes. An die Besitzenden müsse von neuem der Ruf ergehen, nunmehr für das in höchster Not befindliche Vaterland auch die größten Opfer bereitwillig zu bringen.

Die „Germania“ unterstreicht diese Sätze und betont aufs neue, daß es an der besten Basis für die Regierung fehle, nämlich an dem Vertrauen im eigenen Volk. Wenn auch der Notruf nicht nach „Führungsnahme mit der Fraktion“ erschienen sei, so doch in lebendiger Führungsnahme mit den Anschauungen der breiten Massen und nicht zuletzt mit den Auffassungen innerhalb der Zentrumsparlei selbst.

Wir können mit Genugtuung registrieren, daß die offiziellen Organe der größten Partei innerhalb der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft jetzt „große Opfer von den Besitzenden“ fordern. Sie haben zweifellos recht, wenn sie dem Reichstag vorwerfen, daß auch er in schwierigen Situationen verlagert habe. Dieser Vorwurf richtet sich naturgemäß in erster Linie an die Parteien, die alle energischen Versuche der Sozialdemokratie, durch Heranziehung des Besitzes zu größeren Opfern rechtzeitig eine gesunde Finanzpolitik im Reiche herbeizuführen, durch ihre geschlossene Mehrheit durchlöcheren und unmöglich machen, die auch vor den Sommerferien das Verlangen der Sozialdemokratie, eine Aussprache über die politische Haltung der Reichsregierung herbeizuführen, niederstimmten. Zu diesen Parteien gehört auch — und nicht in letzter Linie — das Zentrum. Wenn die „Zentrumsparlei-Korrespondenz“ es jetzt als ein Verdienst der Arbeitsgemeinschaft hinstellt, daß der Reichstag am 8. August

zusammentritt, so erscheint das als ein Versuch, die Taisfaher zu verwischen. Trotzdem wird die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft einschließlich des Zentrums bald Gelegenheit haben, den Besitzenden die „durch die Not des Vaterlandes erforderten größten Opfer“ aufzuerlegen. Das Finanzprogramm, das der sozialdemokratische Fraktionsvorkand der Regierung, dem Reichstag und der Öffentlichkeit unterbreitet hat, wird der Prüfstein werden, ob die Ankündigungen der „Zentrumsparlei-Korrespondenz“ mehr sind als bloße Ankündigungen.

„Die Zeit“, das Organ der Deutschen Volkspartei, bekräftigt in einer Auseinandersetzung mit völkischen Organen, die nach einem Diktator rufen, ebenfalls die Unzulänglichkeit des Kabinetts Cuno. Sie weist die Behauptung, der Parlamentarismus habe die Aktionsfähigkeit des Reichskabinetts lahmgelegt, entschieden zurück, indem sie ausführt:

Wie hat ein Reichskabinet seit der Revolution so viel Bewegungsfreiheit und soviel unbeschränkte Aktionsmöglichkeit gehabt, wie das Kabinet Dr. Cuno, und zwar bis in die letzte Zeit. Jeder, der die Dinge einermachen kennt, weiß das. Das Kabinet Dr. Cuno wird von den Parteien der Arbeitsgemeinschaft bis heute unterstützt, und wenn man Kritik an ihm übt, so geschieht es deshalb, weil man glaubt, daß das Kabinet zu wenig aktiv in der letzten Zeit gewesen ist. Es ist also absolut wahrheitswidrig, wenn behauptet wird, daß das Parlament das Kabinet Dr. Cuno gezwungen habe, die Fäden aus der Hand zu geben. Daß sich Dr. Cuno und seine Mitarbeiter des Rates der parlamentarischen Führer bedienten, war selbstverständlich. Die Presse der Rechten weiß aber ganz genau, daß diese Führungsnahme sich auf sämtliche Parteien erstreckt, und daß der deutsche nationale Dr. Helfferich einer der meistgesehenen Gäste der Reichskanzlei ist...

Diese Einflussnahme Helfferichs auf den Reichskanzler erklärt vielleicht vieles, was sonst nicht zu erklären wäre. Helfferich hat aus seiner Tätigkeit als Finanzminister des Krieges den Ruhm in die Gegenwart mitgenommen, rechtzeitige Kriegssopfer der Besitzenden nicht durchzuführen und dafür das Volk darauf vertrieben zu haben, daß die Entente das „Bleigewicht der Milliarden“ durch die Geschichte schleppen solle. Der tiefste Grund der gegenwärtigen Finanznöte liegt in der Helfferichschen Untätigkeit während des Krieges. Wenn er jetzt der fleißigste Ratgeber in der Reichskanzlei ist, so kann das deutsche Volk sich gratulieren.

## Sozialdemokraten in der Reichskanzlei.

Gestern nachmittag erschienen in der Reichskanzlei Vertreter des sozialdemokratischen Fraktionsvorkandes, um der Reichsregierung die aus dem „Vorwärts“ schon bekannten finanzpolitischen Reformvorschläge der Sozialdemokratischen Partei vorzutragen. An den Verhandlungen nahmen aus Seiten der Reichsregierung teil: der Reichskanzler Dr. Cuno, Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Reichswirtschaftsminister Dr. Becker und Wiederaufbauminister Albert. Die Besprechung dauerte bis in die späten Abendstunden.

Die allgemeine Aussprache ergab Uebereinstimmung über die Ursachen der Finanznöte, ebenso über die Richtung, in der Abhilfe gesucht werden müsse. Auch die Vertreter der Regierung erklärten, sich klar darüber zu sein, daß in kürzester Frist durch Ausbau des Steuersystems Billionenbeträge zum Fließen gebracht werden müßten, wenn die furchtbare Wirkung der Inflation gehemmt werden sollte.

Die Vertreter des sozialdemokratischen Fraktionsvorkandes stellten den Regierungsvorkanden die Vorschläge der Partei entgegen. Soweit Differenzen vorlagen, konnten in Einzelheiten von der Regierung bindende Erklärungen nicht abgegeben werden, weil sich das Kabinet zurzeit noch mit diesen Fragen befaßt.

In der Beratung wurden auch die Schwierigkeiten der Ernährung hervorgehoben und dringend Abhilfe verlangt.

## St. Bureaokratius zur See.

Marineerinnerungen von Rautlus.

Aus der Praxis einer hohen Prüfungsbehörde möchte ich hier einiges erzählen.

Auf einer preussischen Fregatte hatte eine Bö die Großbramstänge geknickt. In dem Begleitbericht, der den Havariefall „justifizieren“ sollte, hatte der Kommandant, ein aus dem österreichischen Marinendienst übergetretener Herr, dem die norddeutsche Seemannssprache und Terminologie nicht recht geläufig war, die bössartige Bö mit „colpo di vento“ (Windstoß) bezeichnet. Die hohe Prüfungsbehörde ging der Sache energisch nach, und bei ihrer Unkenntnis des italienischen deutierte sie den Schuldigen, nämlich den leichtfertigen Herrn „Colpo di Vento“ trotz seines hohen Adels zum Kostenersatz.

Der Verbleib der im Garnisonshaushalt verbrauchten Brennholz mengen wird vom Fiskus mit Argusaugen überwacht. Verluste dürfen beileibe nicht erwachsen. Daher ist es Vorschrift, daß die beim Zerlegen gewonnenen Abfälle und Sägespäne wiederverinnahmt und ihrer Zweckbestimmung zugeführt werden. Diese gegenwärtige Vorschrift hatte die Garnisonverwaltung in einem Anfall von Leichtsinns einmal außer acht gelassen. Der Fall war um so verzwickter, als zwei Holzarten, Fichte und Buche, ins Spiel kamen. Man stellte sich vor: beide Holzarten waren hintereinander zerlegt und das erzielte Holzmehl einfach zusammengesetzt und verinnahmt worden. Wo aber blieb die Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit beider Holzarten, die doch nach Gewicht und Preis recht verschieden waren? Die Prüfungsbehörde hielt es daher für ihre Pflicht, sich nicht mit der hoch und heilig versichernden Bescheinigung der schuldigen Verwaltung zufrieden zu geben, sie verlangte vielmehr noch nachträglich die getreunte Verinnahmung des Holzmehls nach Fichten- und Buchenholz. Schauderhaft! Höchst schauderhaft! Ob solchem Anstinnen geriet die Verwaltung in nicht geringe Aufregung, und es gab viel Kopfzerbrechen und noch mehr Schreierei, ehe der Mantel behördlicher Nächstenliebe über das so schände vermengerte Holzmehl gebreitet wurde.

Der Sarg ist ein zwar unentbehrlicher, mit einer gewissen Scheu betrachteter Gegenstand, der aber mitunter recht lässig werden kann. Daß ein solches Stück jahrelang im Haushalt einer kaiserlichen Werft sich zu behaupten und viele Federn in Betrieb zu setzen vermochte, klingt ein wenig sonderbar, ist aber trotzdem wahr. Wie kam nun die Werft zu dem besagten Sarg? Eines Tages lag eine Fregatte, die vom Ausland kam, in die Werft ein, um außer Dienst gestellt zu werden. Unter den abgegebenen Gerätschaften befand sich auch ein Sarg, ein Möbel, das in den Inventarieneinsatz der Schiffe S. M. nicht vorgezogen war. Wenn in den Tropen ein Todesfall an Bord eintritt, und das Schiff nicht in See ist, so fertigt der Schiffszimmermann schleunigst einen Sarg

an. So geschah das für einen am Fieber schwer daniederliegenden Offizier des Schiffes. Zum Glück brauchte aber der Sarg seinen Zweck nicht zu erfüllen: der Offizier, der bereits ausgegeben war, genas. Daher mußte der Sarg nach der Heimat mitgenommen werden. Konnte man denn wissen, ob er nicht doch einmal gebraucht werden würde? Zunächst weigerte sich natürlich die Werft, den unvorsichtsmäßigen Gegenstand entgegenzunehmen. Aber das half ihr alles nichts. Denn der Sarg konnte doch nicht ganz so in dem leeren Schiff zurückbleiben. Daraufhin wurde er als überzählig vereinnahmt und öffentlich zum Verkauf ausgesetzt. Aber da der normalmäßig festgesetzte Preis die ortsübliche Höhe überstieg — wie es öfter bei fiskalischen Erzeugnissen vorkommen soll —, so blieb der Sarg unverkäuflich. Auch unter dem Werkpersonal fand sich kein Liebhaber. Somit blieb der Sarg noch jahrelang in den Beständen der Werkinventarien. Bis die Prüfungsbehörde endlich dahinter kam und die Inabgangstellung nahelegte. Es blieb daher nur übrig, das Korpus des Sarges zu zerlegen. Gegen solche radikale Maßnahme sträubte sich nun wieder die Materialmagazinverwaltung, einmal, weil sie auch ein Wort mitzureden hatte, und dann, weil sie behauptete, mit den gewonnenen Brethern könne sie nichts anfangen. Eine anderweitige Verwendung, wie zum Beispiel beim mobilen Seebataillon im Chinafeldzuge 1900, das in Ermangelung eines Bades in der Feldbäder einen richtiggehenden Chinesenfang mit Erfolg verwendete — blieb ausgeschlossen. Und so würde unser Sarg nach bis zum jüngsten Tage in den Werkbüchern aufgeführt stehen, hätte nicht schließlich ein Ufas der zur Lösung des gordischen Knotens angerufenen obersten Marinebehörde seine Zerlegung anbefohlen.

Die Dampfmaschine eines Kreuzers im Auslande braucht einen neuen Schornstein und beschafft einen solchen. Nach Jahr und Tag ist die Prüfungsbehörde intelligent genug, daß zu sagen, wo ein neuer Schlot beschafft worden ist, muß ein solcher bereits vorhanden gewesen sein. Sie erkundigt sich daher wissbegierig, wo denn der alte Schornstein geblieben ist. Wer kann darüber Auskunft geben? Der alte Schiffsverwand ist längst aufgelöst und in alle Winde zerstreut. Und die Abwägungsbehörde formuliert die salomonische Antwort: „Der alte Schornstein ist bei der Erfah-befahrung als Material mitangerechnet worden.“

Im Protokoll über die Revision der Dampfessel an Bord S. M. „Jachneumon“ schreibt der revidierende Wertbeamte ahnungslos: „Dampfessel in Ordnung; Kesselstein fehlt.“ Ueber diesen Stein des Anstoßes stolpert die hohe Behörde und verfügt: „Der fehlende Kesselstein ist nachzuliefern!“ Herrlich, nicht wahr?

Auf den umfangreichen Proviantmagazinen der Marine sind Ratten häufig, aber ungen gesehen. Der Fiskus hat sich daher mit dem Halten von Raten einverstanden erklärt und eine wöchentliche „Ratrapportion der Magazinlage“ — in Höhe von 10 Pfennig genehmigt. Noch etwa Jahresfrist fällt dem

Revisor auf, daß der halbvoll bewilligte Betrag auf das Doppelte gestiegen ist und somit für die Magazinlage wöchentlich 20 Pfennig liquidiert werden. In der Beantwortung des darauffolgenden Ronitums findet sich folgende Begründung: „Dank der gegenwärtigen Tätigkeit der Amstake hat der Rattenbestand sich derart vermindert, daß für die Raten nicht genügend Nahrung bleibt. Im Interesse ihrer ferneren Berufstätigkeit mußte daher eine Verdoppelung der „Ratrapportion“ vorgenommen werden.“

„Die Dafen sind hier nicht so groß wie in der Heimat.“ Diese Antwort erteilte der Schiffszahmeister einer in den Antillen kreuzenden Korvette der Prüfungsbehörde, als sie das nach ihrer Ansicht allzu geringe Schichtgewicht des in Havana an Bord genommenen und unterwegs geschlachteten Rindviehs bemängelte. Der Zahmeister hatte recht, die dortigen Dafen sind in der Tat kleiner als ihre Kollegen in der Heimat.

Der Schulpsychologe. In Mannheim ist, wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ berichtet, eine neue Stellung geschaffen worden, die eines Schulpsychologen. Zu seinen Arbeiten, die er in Verbindung mit dem Institut für Psychologie und Pädagogik der Handelshochschule durchführt, gehören Erhebungen aller Art, die für die Unterrichtsarbeit nützlich und förderlich sind, Schülerbeobachtungen und -untersuchungen, die Mitwirkung an der Lösung psychologisch-pädagogischer Probleme, sozahn die Unterstützung und Beratung der Lehrerschaft bei der Erkundung und Beurteilung eigenartiger Schülerindividualitäten.

Ein Laboratorium für Kriminalistik. In Moskau wird gegenwärtig, wie der Ost-Express meldet, ein Institut zur Erforschung des Verbrechens ins Leben gerufen, welches in enger Zusammenarbeit mit der Kriminalverwaltung der Moskauer Sowjets arbeiten und von dieser mit dem einschlägigen Material versorgt werden soll. Dem Institut wird eine besondere Klinik angegliedert sein, die Ärzten und Juristen Gelegenheit zu kriminalistischen Studien bieten soll. Für die Einrichtung beider Anstalten sind bereits eine Reihe hervorragender russischer Soziologen und Anthropologen gewonnen.

Der unmoralische Clemenceau. Der Direktor eines Lichtspieltheaters in Toulon mußte sich vor Gericht auf die Anschuldigung verantworten, trotz dem Verbot des Präfecten einen Film, der geizig war, die Ruhe, Ordnung und guten Sitten zu gefährden, dem Publikum vorgeführt zu haben. Es handelt sich um einen Film „Die Stärksten“, der nach einem Roman von Georges Clemenceau, dem früheren Ministerpräsidenten, gearbeitet ist. Bergblisch legte der Direktor dem Gericht die vom Ministerrat erteilte Erlaubnis vor. Er wurde verurteilt, und der beanstandete Film wurde eingezogen.

Die Schaubühnenschule des Deutschen Theaters eröfnet ihr Schuljahr unter der Leitung von Verbold Feld am 17. August. Die Aufnahmeprüfungen finden am 13., 14. und 15. statt.

Bilderdiebstahl. Aus der Lenbach-Galerie in München wurden wieder ein Rubens, Lukas Cranach, Holbein und Tizians im Werte von rund 8 Millionen Mark gestohlen.

## Die Goldanleihe.

Durch W.B. wird bekanntgegeben: Um dem Drängen der Allgemeinheit nach einer wertbeständigen Anlage entgegenzukommen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, der Bevölkerung ein wertbeständiges Anlagepapier in Form einer auf den Gegenwert von Dollar in Mark lautenden Anleihe mit zwölfjähriger Laufzeit zur Verfügung zu stellen. Die Anleihe wird von der Einkommensteuer und, soweit sie selbst gezeichnet ist, von der Erbschaftsteuer befreit, eignet sich also in gleicher Weise zur dauernden Anlage von Kapitalien wie zur vorübergehenden Anlage von Betriebsmitteln.

Für Kapital und Zinsen dieser Anleihe soll anteilig die ganze deutsche Wirtschaft, Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft sowie jeder, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt, haften. Nach dem von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegenden Gesetzentwurf wird die Reichsregierung ermächtigt werden, um den Zinsbedarf für eine Anleihe bis zu 500 Millionen Mark Gold zu decken, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben und zur besonderen Sicherung der Kapitalrückzahlung bei Fälligkeit gegebenenfalls die einzelnen Steuerpflichtigen nach dem Verhältnis ihres steuerbaren Vermögens zur Aufbringung des Kapitalbedarfs heranzuziehen.

Die Anleihe ist bei den Darlehnsstellen des Reiches beschaffbar und wird sofort nach Ausgabe der Stücke an der Börse eingeführt werden.

Die Anleihe lautet auf Stücke über 4,20 M. = 1 Dollar, 8,40 M. = 2 Dollar, 21 M. = 5 Dollar, 42 M. = 10 Dollar, 105 M. = 25 Dollar, 210 M. = 50 Dollar, 420 M. gleich 100 Dollar, 2100 M. = 500 Dollar, 4200 M. = 1000 Dollar. Es wird damit gerechnet, daß auch kleinere Beträge auf dem Umwege über wertbeständige Konten bei den Sparkassen in dieser Anleihe Anlage finden. Die Stücke von 4,20 M., 8,40 M. und 21 M. werden ohne Zinseszinsen ausgegeben und bei Fälligkeit (2. September 1935) mit einem Aufgeld zum Nennwert von 50 Proz. eingelöst. Die Stücke von 42 M. und darüber tragen 6 Proz. Zinsen und sind mit einjährigen Zinseszinsen versehen (Zinslauf ab 1. September 1923, Fälligkeit des ersten Zinseszinses am 1. September 1924). Die Rückzahlung dieser Stücke erfolgt bei Fälligkeit (2. September 1935) zum Nennwert. Die Stücke sowie die Zinseszinsen werden in Mark eingelöst entsprechend dem durchschnittlichen Dollarkurs in der Zeit vom 15. Juli bis 14. August. Der Zeichnungspreis beträgt bis auf weiteres 100 Proz. für die Einzahlung in Mark, soweit die Zahlung mit Devisen oder Dollarschekenausweisungen erfolgt, die auch zugelassen ist, wird ein Vorzugskurs von 95 Proz. bis auf weiteres in Anrechnung gebracht.

Als Zeichnungsbeginn ist der 15. August vorgelesen. Jeder Zeichner kann seine Zeichnungen bei dem Geldinstitut anbringen, mit welchem er zu arbeiten pflegt. Die Einzahlung muß am Tage der Zeichnung geleistet werden, und zwar, soweit sie in Mark erfolgt, auf der Basis des letzten, vor dem Zeichnungstage notierten amtlichen Dollarkurses. Eine Berechnung von Stückzinsen findet bei der Zeichnung nicht statt; es bleibt aber eine Erhöhung des Kurses vorbehalten.

Auch Voranmeldungen werden entgegengenommen; sie sind zu dem für den ersten Zeichnungstag maßgebenden Kurse zu berücksichtigen.

## Lohnabzug und Zentrum.

### Mißglückte Aktivität.

Die Zentrumspreffe veröffentlicht gegenwärtig eine Notiz, in der der Sozialdemokratie vorgeworfen wird, daß sie bei der Neugestaltung des Lohnabzugs im Juni gegen eine Berücksichtigung der linderreichen Familien aufgetreten sei. Das ist eine wissenschaftliche Entstellung der Motive der Sozialdemokratie. Zu solchen Mitteln muß das Zentrum jetzt bereits greifen, nachdem durch die großen Versammlungen dieser Partei, die sich in den letzten Monaten immer wieder zum Schleppenträger heftiger Steuerpolitik gemacht hat, bei seinen Anhängern wachsende Unzufriedenheit festzustellen ist.

Der Vorgang selbst spielte sich folgendermaßen ab: Bei der von der Sozialdemokratie beantragten Erhöhung der steuerfreien Ermäßigungen im Steuerauschuß des Reichstages beantragte der Zentrumsvertreter eine darüber hinausgehende weitere Berücksichtigung linderreicher Familien. Mit Recht wandte die Regierung ein, daß das nicht zur Zuständigkeit des Steuerauschußes gehöre. Würde der Zentrumsantrag angenommen, so müßte die Vorlage an das Plenum des Reichstages gehen, die Erhöhung der Ermäßigungen könnte somit nicht zum 1. August in Kraft treten. Statt eines sehr zweifelhaften Vorteils für die linderreichen Familien würde also ein großer Nachteil für alle Lohn- und Gehaltsempfänger geschaffen werden. Für die sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerauschußes kam aber außerdem noch hinzu, daß z. B. bei Beamten, Angestellten und Staatsarbeitern usw., die Kinderzulagen erhalten, eine Erhöhung der steuerfreien Grenze eine doppelte Berücksichtigung derselben Verhältnisse ist. Die sozialdemokratischen Mitglieder haben zur Vermeidung solcher Ungerechtigkeiten immer eine möglichst weitgehende Hinaussetzung der steuerfreien Ermäßigungen für alle Steuerpflichtigen zu erreichen gesucht, ohne dabei immer von vornherein die Unterstützung der von Befähigten nicht unbeflügelten Zentrumsabgeordneten zu finden.

In Wirklichkeit war der Antrag des Zentrumsvertreters auch nur rein demagogisch gedacht. Das zeigen ohne weiteres die folgenden Zahlen: Da für jedes Kind bereits im Juli ein Einkommen von 400 000 M. steuerfrei war, so erhöht sich die steuerfreie Grenze bei linderreichen Familien sehr stark. Bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern war im Juli ein Einkommen von 1 420 000 M. völlig steuerfrei, bei vier Kindern 2 220 000 M., bei sechs Kindern gar 3 020 000 M. Für den August sind die entsprechenden Beträge bei zwei Kindern 5 680 000 M., bei vier Kindern 8 880 000 M., bei sechs Kindern 12 080 000 M. Kinderreiche Familien, die sich in Notlage befinden, erreichen ein solches Einkommen überhaupt nicht. Sie waren also bereits steuerfrei und bedürften des Schutzes nicht, der angeblich für sie beantragt war, in Wirklichkeit aber die große Schuld des Zentrums in der Steuerpolitik der letzten Monate ins Bergeisse bringen soll. Einem lediglich agitatorischen Rücksicht entsprechenden sachlich ungerechtfertigten und für die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger gefährlichen Vorgehen Vorbehalt zu leisten, besteht für die Sozialdemokratie keine Verantwortung.

## Parteitag des Zentrums.

### Angriffe gegen Cuno.

Die Zentrumsparlei hielt am Dienstag und Mittwoch in Heidelberg einen Parteitag ab, der sich hauptsächlich mit der kritischen Lage Deutschlands beschäftigte. Die Aussprache legte, wie die Ca-Korrespondenz meldet, ein einheitliches Zeugnis für den Willen ab, den passiven Widerstand an der Ruhr unter allen Umständen fortzusetzen. Ebenso stark wie der Wille zum Durchhalten kam jedoch die Kritik an den als unzulänglich bezeichneten Maßnahmen der Regierung zum Ausdruck. Die Redner verlangten von der Regierung vor allem eine großzügige Fürsorge für das von den Franzosen besetzte Gebiet. Außerdem verlangten sie eine Reform der Finanzen und Maßnahmen gegen die Währungszerfallung und die Teuerung. Soweit die politische Lage besprochen wurde, billigte man zwar nicht den Kampf gegen das Kabinett Cuno, bezeichnete aber die Maßnahmen des Kabinetts als in jeder Hinsicht unzulänglich. Als Ziel bezeichnete man die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts im Sinne der großen Ko-

alition und verlangte die Erhaltung der Geschlossenheit der Zentrumsparlei im politischen Handeln der nächsten Wochen. Das Resultat der Konferenz wird in einer Entschließung niedergelegt, in der es nach einer ausführlichen Vorlegung der ununterbrechlichen und jedes Rechts entbehrenden Handlungsweise der französischen Regierung heißt:

„Die Bevölkerung an Rhein und Ruhr hat den Beweis erbracht, daß ihr die Einheit und Freiheit des Vaterlandes über alles geht und daß sie zu jedem Opfer hierfür bereit ist. Dieser Kampf kann aber nur zu einem erfolgreichen Ende geführt werden, wenn das gesamte deutsche Volk eine gesteigerte Opferkraft beweist. Es erfüllt unsere Bevölkerung mit Erbitterung, daß weite Kreise im unbesetzten Gebiet sowohl in ihrem Gewinnstreben, wie in ihrer Lebensführung jedes Verständnis für die Lage vermissen lassen, in der nicht bloß das Volk an Rhein und Ruhr, sondern im ganzen Deutschen Reich die Not erfordern. Die fürchterliche Not erfordert außerordentliche Leistungen von allen Volksschichten: von der Landwirtschaft, von Handel und Industrie, von Kopf- und Handarbeitern. Nur so ist die Nahrungsmittelnot zu beheben und das Währungsseilend zu überwinden. Von Regierung und Parlament erwarten wir, daß sie, ohne Rücksicht auf irgendwelche Sonderinteressen, diejenigen Maßnahmen durchführt, die das Land vor einem vollständigen finanziellen Verfall bewahren können. Von der Zentrumsfraktion des Reichstages erwarten wir, daß sie sofort die parlamentarischen Schritte unternimmt zum Zweck einer besonderen Herausziehung des Besizes, namentlich des Großbesizes. Nur Ordnung und Opfer, Arbeit und treues Zusammenhalten können das Vaterland aus seiner bedrückten Lage retten. Darum verweisen wir auf alle Bestrebungen von Organisationen, die mit Gewalt die bestehende Staatsordnung stürzen wollen und deren letztes Ziel der Bürgerkrieg ist.“

Mit der einstimmigen Annahme dieser Resolution wurde die Tagung geschlossen.

## Das Verfahren gegen Ehrhardts Helfer.

### Verhandlungsbeginn im September.

Der mit der Untersuchung der Flucht Ehrhardts beauftragte Untersuchungsrichter ist am Dienstag, wie eine Berliner Gerichts-Korrespondenz meldet, aus Berlin nach Leipzig zurückgekehrt, wo er in der Reichskanzlei mit Regierungsvertretern eine Unterredung hatte. Der Abschluß des Verfahrens gegen die Befreier Ehrhardts ist bereits in der nächsten Woche zu erwarten und die Hauptverhandlung, die unter dem Rubrum v. d. Busche und Genossen läuft, wird Anfang oder Mitte September in Leipzig stattfinden. Allerdings ist es noch fraglich, ob der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof selbst zur Verhandlung kommen wird. Nach der Strosprozeßordnung wäre die Strafkammer in Leipzig, als dem Tatort, für die Verhandlung zuständig, doch besteht immerhin die Möglichkeit, daß das Verfahren, das in engem Zusammenhang mit der Untersuchung gegen andere illegale Organisationen steht, doch noch vor das Forum des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gelangt. Außer dem Ehepaar v. d. Busche richtet sich die Anklage auch gegen den Studenten Studny und den inzwischen flüchtig gewordenen Rasow v. Prince. Inzwischen sind jedoch noch einige Verhaftungen in der Fluchtsache Ehrhardt erfolgt und es ist daher wahrscheinlich, daß diese Verfahren an die Verhandlung gegen v. d. Busche angehängt werden.

Auch das Verfahren gegen Rohbach ist jetzt dem Abschluß nahe und wie uns berichtet wird, soll die Hauptverhandlung gegen ihn ebenfalls im September vor dem Staatsgerichtshof stattfinden.

## Bayerns einzige Sorge.

München, 1. August. (Eig. Drahtber.) Die Parteien der bayerischen Regierungskoalition, Bayerische Volkspartei, Deutschnationale und Bauernbund, haben am Mittwoch in der Vorlesung des Landtages dem Untergeordneten des Reichstages die bayerische Regierung ungeduldet Verhandlungen mit der Reichsregierung anzuknüpfen soll wegen Zurückführung der ehemals bayerischen Bahnen in den Besitz des Freistaates Bayern. Die Verhandlungen sollen im Einvernehmen mit einem Ausschuß des Landtages geführt werden. Unabhängig davon soll eine amtliche Untersuchung stattfinden über die vielfachen Vorwürfe, die von der bayerischen Volkspartei gegen die Reichsbahn und ihre Verwaltung erhoben worden sind.

### Der Totschlag in Rosenheim.

München, 1. August. (Eig. Drahtber.) Zu der Bluttat, die am Sonntag in Rosenheim begangen wurde, ist nachzutragen, daß der ermordete Schlosser Dit nicht Kommunist ist, sondern seit vielen Jahren der sozialdemokratischen Partei angehört. Er war von den Metallarbeitern als Wahlleiter aufgestellt und verlor am Sonntag dementsprechend seinen Dienst im Bureau der Metallarbeiter. Beim Sturm der Hakenkreuzler auf die Räume des Gewerkschaftshauses sah er der Lüge zunächst und wurde kurzerhand bei der Gegenwehr mit einem Schlagring zu Boden geschlagen, außerdem wurden ihm noch zwei Stiche in den Rücken beigebracht. Die stürmenden Hakenkreuzler standen unter Führung des Bahnbediensteten Antkruener, der anlässlich der staatsanwaltlichen Untersuchung es vorzog, zu „verreisen“.

## Der „harmlose“ Ordnungsdienst.

### Zu den Verhaftungen in Dresden.

Dresden, 1. August. (Eig. Drahtbericht.) Die bürgerliche Presse bemüht sich, den „Bürgerlichen Ordnungsdienst“, von dem am Sonntag in Dresden von der Polizei 80 junge Leute verhaftet und als Angehörige des „Jugenddeutschen Ordens“, „Jugendsturm“ und anderer reaktionärer Verbände festgestellt worden sind, als möglichst harmlos hinzustellen. Die „Telunion“ behauptet z. B., daß nur ein einziger der Verhafteten, ein junger Mann, ohne Waffen und Willen des Führers des „Bürgerlichen Ordnungsdienstes“ einen Hammer, ein altes französisches Seitengewehr und einen Revolver bei sich führte. In Wirklichkeit sind den Verhafteten von der Polizei abgenommen worden: 2 Dolche, 1 Hammer, 26 Gummischläger, 5 Schlagringe, 2 Seitengewehre, ein Hirschjäger, zwei Stahlschläger. Außerdem wurden 19 Gummischläger, ein Trommelrevolver, ein französisches Bajonett, 4 Schlagringe, zwei Totschläger, zwei Stahlschläger gefunden, die von ihren Besitzern bei der Verhaftung im Gedränge heldenmütig fortgeworfen worden waren. Ferner wurden bei Mitgliedern des „Bürgerlichen Ordnungsdienstes“ 81 Gummischläger, 10 Stahlschläger und ein Revolver mit Patronen beschlagnahmt. In der Angelegenheit selbst sind inzwischen weitere Verhaftungen erfolgt. U. a. wurde auch der Hauptmann a. D. Siemens festgenommen, der neben dem ebenfalls verhafteten Major a. D. Böffler den „Bürgerlichen Ordnungsdienst“ organisiert hat. Die Gelder für die Bewaffnung sind zum großen Teil durch Dr. Meißner vom „Verband der sächsischen Großindustriellen“ aufgebracht und an Major Böffler weitergegeben worden.

## Die Ruhrhilfe der Landwirtschaft.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft gibt bekannt, daß bisher von der landwirtschaftlichen Ruhrhilfe 3862 Wagen ins Ruhrgebiet abgerollt sind. Von über 3200 Wagen liegt bereits die Empfangsbefähigung der örtlichen Empfangsbehörden vor. Auf Grund des Notrufes aus dem Ruhrgebiet sind in den letzten drei Wochen allein 250 Wagenladungen abgefordert worden.

# Wirtschaft

## Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt Mai	Juni	31.6
4. Juli	16 180	7 650
11. „	21 511	16 180
16. „	28 892	21 511
23. „	30 336	28 892
30. „	71 470	30 336

Steigerung in der letzten Woche 81,7 Proz.

Die geradezu beispiellose Teuerung der Lebenshaltung, die ja in Wirklichkeit weniger eine absolute, in Goldzahlen zu beziffernde Verteuerung, als vielmehr eine Anpassung der Produktion und des Handels an den gesunkenen Geldwert im Ausland ist, findet in den vorstehenden amtlichen Indizes eine treffende Beleuchtung. Ende Juli war die Lebenshaltung fast zehnmal so hoch wie im Durchschnitt des Monats Juni, mehr als viermal so hoch wie am 4. Juli, zweieinhalbmal so hoch wie noch im Monatsmittels. Löhne, die sich auch nur einigermaßen dieser Preisbewegung angepaßt haben, stehen vereinzelt da. Die Masse der Arbeiterschaft hat auch bei dieser Teuerung wieder außerordentlich an Kaufkraft verloren.

Dabei enthält die Teuerungszahl nicht die vielen unwirtschaftlichen Ausgaben, die der Arbeiterschaft durch die Warenknappheit der letzten Woche entstanden sind. Wie viele Hausfrauen haben aus Angst, überhaupt nichts zu erhalten, in den letzten Tagen weite Wege, Straßen- und Eisenbahnfahrten auf sich nehmen müssen, um nur noch einige Pfund Kartoffeln, etwas Margarine, Schmalz oder andere Waren zu bekommen. Die aus der Kriegszwangswirtschaft reichlich bekannten Homsterfahrten haben unter der Devisenwirtschaft des Herrn Hanenfein, welche den Organismus der Warenverteilung auf das schwerste erschütterte, ihre glorievolle Austerität gefeiert.

Die Teuerungswelle ist natürlich damit noch längst nicht auf ihrem Höhepunkt angelangt. Der Dollar steht ja bereits auf dem 260 000-fachen Vorkriegsstand, die Weltmarktpreise sind aber in Gold noch höher als die Vorkriegspreise, der Teuerungsindeks zeigt erst den 71 470-fachen Vorkriegsstand an. Demnach ist damit zu rechnen, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten noch längere Zeit anhalten wird in einem Tempo, dem Lohnfestsetzungen von Fall zu Fall nicht zu folgen vermögen. Die Arbeiterschaft wird daher weiter darauf dringen müssen, durch die Erämpfung werkefändiger Löhne eine automatische Anpassung der Löhne an die Teuerung zu erreichen.

## Exportkonjunktur und Inlandsversorgung.

Die Gefahren der geschwächten Kaufkraft für die Volkswirtschaft werden von den kapitalistischen Interessenten noch oft genug verkannt. Tatsächlich vollzieht sich infolge der künstlichen Niedrighaltung der Löhne seit langem eine Umgestaltung im Absatz, die zu dem Ruin der Industrie führen muß. Kein Volk, das auf die Dauer am Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben will, kann seine Produktion auf die Ausfuhr von Waren ins Ausland einstellen. Es würde dann, um seine Werke ausreichend und rentabler beschäftigen zu können, seinen Export über dasjenige Maß hinaus steigern müssen, das der ausländischen Konkurrenz noch erträglich ist. Die ausländischen Interessenten werden, wie das schon in vielen Ländern gesehen ist, sich gegen den lästigen Nachbar durch Schutzzölle zu schützen suchen. Vor dem Kriege war der Anteil der Warenausfuhr an der Gesamtproduktion des deutschen Volkes verhältnismäßig gering, weil der Inlandmarkt ausnahmsfähig genug war, um Bedarfswaren zu kaufen. Heute lebt das Volk in seiner überwiegenden Mehrzahl von der Hand in den Mund, weil die Löhne stetig zu niedrig sind. Die Folge davon ist, daß man auch solche Waren, die im Inland benötigt werden, in steigendem Maße exportiert, weil man sie im Inland nicht absetzen kann oder gegen schwindende Papiermark nicht absetzen will.

Der Bericht einer Stickerfabrik über die Lage dieses Gewerbezweiges weist auf diese Gefahr treffend hin. Nachdem die kritischen Verhältnisse im ersten Vierteljahr geschildert worden sind, heißt es da:

Anfang April war die Nachfrage wieder normal geworden und hat in den darauffolgenden Wochen geradezu schiefe Formen angenommen. Im Juni kam der gesamte Textildruck, und somit auch unserer Branche, zum Bewußtsein, daß der Verkauf und die Fakturierung in Papiermark im Inlande bei einer schmerzlichen Geldentwertung nicht mehr möglich sei und zu schweren Schädigungen des Fabrikanten geführt hat. So wurde die Berechnung in Goldmark, Zahlung in Papiermark, eingeführt, doch ist selbst diese Berechnungsart anscheinend nicht mehr ausreichend, zu einer festen Warenaustauschbasis zu gelangen, da es durch die neuen Devisenverordnungen und Reichsbankmaßnahmen der Industrie völlig unmöglich gemacht wird, mit den Papiermarkengängen für die Auslandsrohwaren stabile Deckung zu beschaffen. So wird unsere Industrie immer mehr gezwungen, selbst unter den größten Opfern das Hauptaugenmerk auf das Exportgeschäft zu richten. Was bei unserer nicht lebenswichtigen Industrie schließlich ungefährlich ist, kann bei Baumwoll- und Webwaren geradezu zu einer Katastrophe führen, da man jetzt schon die Wahrnehmung machen kann, daß solche Waren dem Inlandmarkt entzogen werden und die Beschaffung auf große Schwierigkeiten stößt.

Die Gefahr, daß über dem Export die Versorgung der deutschen Arbeiter und Verbraucher vernachlässigt wird, besteht in der Tat. Zu einem wesentlichen Teil aber erklärt sich diese Erscheinung daraus, daß die Löhne zu niedrig sind, das Geld aber, das beim Warenabfuhr erlößt wird, der Entwertung ausgesetzt ist. Wieder erweist es sich so, daß wertbeständige Löhne und die Schaffung wertbeständiger Anloagemöglichkeiten die wichtigsten Voraussetzungen für eine Wiederherstellung normaler Abgabebedingungen und damit eines geregelten Produktionsganges sind, wenn auch traglos unwirtschaftlich arbeitende Betriebe in der Uebergangszeit Schwierigkeiten haben werden.

Die Reichsbank steigerte in der Woche, die mit dem 23. Juli abließ, ihren Notenumlauf um 6,3 auf 31,8 Billionen Mark. Diese Zunahme des Papiergeldes ist um so bemerkenswerter, als sie noch vor dem Beginn der mit dem Monatsende eingetretenen Zahlungsmittelknappheit fiel. Nach der reichlich späten Einführung der Ein- und Fünfmillionennoten dürfte die Notenumlauf noch viel stärker gestiegen sein. Der Zunahme des Papiergeldes steht gegenüber eine weitere Abnahme des Goldbestandes. Die Reichsbank verkaufte zum Erwerb von Devisen, die sie ihrer fehlerhaften Devisenpolitik opferte, Gold im Werte von 40 Millionen (Gold-) Mark, so daß am 23. Juli nur noch ein Vorrat von 616 Millionen Goldmark vorhanden war. Die Zunahme des Papiergeldes ist herbeigeführt in erster Linie durch die Schuldendienstleistungen des Reiches, das 9,2 Billionen Papiermark neuer Schatzanweisungen der Reichsbank übergab. Auch die Privatwirtschaft erfreute sich weiter der verschwenderischen Kreditpolitik der Reichsbank und nahm in der Berichtwoche, wo Steigerungen von mehreren hundert Prozent erfolgten, für 2,87 Billionen Mark neue Kredite gegen Handelswechsel, bei 1 1/2 Proz. Zinsen im Monat auf. — Das in der Zeit, wo sich der Zusammenbruch des Devisenmarktes vorbereitete!

# Gewerkschaftsbewegung

## Selbsterziehung.

Der kommunistische Vorstand der Zählstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer schickt uns einen Versammlungsbericht, in dem ganz kurz mitgeteilt wird, daß dem Lohnabkommen zugestimmt worden ist, die ökonomischen Beiträge künftig durch eine Einheitsmarke erhoben werden sollen und daß am 18. August das 10. Stiftungsfest im Saalbau Friedrichshain stattfindet. Dieser Versammlungsbericht ist auf ganze acht Seiten zusammengebrängt. Desto ausführlicher ist dann die Polemik gegen den ADGB, gegen unseren Genossen Seering usw. Es heißt da u. a.: „Will der ADGB für die Zukunft nicht den letzten Rest von Ansehen aus den Arbeitkreisen verlieren, dann soll er endlich mit der Bauernuttscherei vor der Cuno-Regierung aufhören.“ In der angenommenen Resolution wird gesagt, „daß die Cuno-Regierung mit Hilfe der Sozialdemokraten nicht gewillt ist, den Kampf zu führen gegen Schieber, und Wuchertum, sondern die gesamte Arbeiterschaft niederzuschlagen, im Interesse Stinnes und Konforten.“

Die Erregung und Entrüstung der Arbeiterschaft gegen die unglaublichen wirtschaftlichen Zustände, in denen wir uns befinden, ist berechtigt und also durchaus begründet. Gegen wen aber wendet sich diese kommunistische Demagogie, die sich der Zählstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer als Sturmbaum bedient? Fast ausschließlich gegen die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften. Man sucht absichtlich die leidenschaftlichsten und niedrigsten Bezeichnungen, um die deutschen Gewerkschaftsführer in den Kot zu ziehen. Der ADGB, d. h. die Gesamtvertretung der deutschen Gewerkschaften, sowie die Sozialdemokratie, werden hier bezichtigt, im Interesse der Stinnes und Konforten die gesamte Arbeiterschaft niederzuschlagen zu wollen.

Das ist der Ton, mit dem unsere Kommunisten seit Wochen haufenweise gehen. Die „Rote Fahne“ vom Dienstag nennt die Vertrauensleute der Berliner Metallarbeiter „faschistische Unternehmerrache“. In der Resolution der Zimmerer wird allerdings gesagt, daß sich die Zimmerer bewußt seien, „daß der Kampf nicht ausgetragen wird in Parlamenten und mit geistigen Waffen.“

Dieses etwas naive Eingeständnis zeigt eben nur, daß man sich bewußt ist, wie sehr man bei einem Kampf mit geistigen Waffen den Kürzeren ziehen würde. Es zeigt aber auch, wie ungemein verrohend die kommunistische Demagogie wirkt. Es war von jeher der Stolz der organisierten Arbeiterschaft gewesen, ihren Kampf mit geistigen Waffen zu führen. „Wissen ist Macht“ war immer unsere Parole.

Die Parolen der Moskowiter lauten anders. Verleumdung ist Trumpf. Beschmutzung und Beschimpfung der eigenen Klassen-genossen, der Gewerkschaften und ihrer Führer, das ist die Lösung. Es wird nachgerade Zeit, mit diesem gemeingefährlichen Blödsinn aufzuräumen. Kritik, soweit sie positiv und aufbauend sein will, ist berechtigt, notwendig und erwünscht. Aber was sich seit einigen Wochen in Versammlungen und in den Spalten der „Roten Fahne“ ausstößt, ist keine Kritik, sondern die Selbstzerfleischung von Heloten.

## Der Konflikt in der Metallindustrie.

Vom Bund der technischen Angestellten und Beamten, dem Zentralverband der Angestellten und dem Deutschen Werkmeisterverband wird uns geschrieben:

Trotz wiederholter angestrengtester Versuche ist es den Verhandlern der Metall-Gewerkschaften nicht gelungen, vom Verband Berliner Metallindustrieller bezüglich der Zulagegehälter für die Angestellten der Berliner Metallindustrie Zugeständnisse zu erhalten, die zur Annahme empfohlen werden können. Die Unternehmer sind nicht geneigt, den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch wesentlich zugunsten der Angestellten zu korrigieren. Vor allen Dingen lehnt der Arbeitgeberverband aber immer noch die Verbandsständigmachung der Gehälter rundweg ab. Die Einkommen der Angestellten im Monat Juli bewegten sich laut Schiedsspruch in den Grenzen von 2 700 216 M. bis 6 055 560 M. für kaufmännische Angestellte, 2 700 216 M. bis 6 440 472 M. für technische Angestellte, 5 408 640 M. bis 5 863 104 M. für Werkmeister. Hierbei ist noch zu beachten, daß mit diesen Beträgen ein großer Teil der August-Ausgaben zu bestreiten ist, da ja die Angestellten ihr Gehalt erst zum Schluss des Monats bekommen.

Die Einstellung der Metallindustriellen hat bewirkt, daß der Tarifvertrag für die Angestellten der Metallindustrie einer der ungünstigsten in Berlin ist. Die gelamte Öffentlichkeit wird anerkennen müssen, daß eine solche Tarifpolitik nicht geeignet ist, den Wirtschaftsfrieden zu erhalten, denn eine derartige Bezahlung der Angestellten gewährleistet kaum die Fristung der Existenz auf primitiver Grundlage.

Die so oft geforderte Hebung der Produktion, d. h. die Einführung rationalerer bzw. verbesserter Arbeitsmethoden bedingt eine schöpferische Tätigkeit zumindest der führenden Kräfte. Angesichts einer solchen Bezahlung kann an eine Verwirklichung dieser Forderungen nicht im entferntesten gedacht werden. Die Angestellten sind deshalb nicht nur mit Rücksicht auf ihre eigene Existenz und auf die Erhaltung ihrer Familie, sondern auch im Interesse des Weiterbestandes und der Fortentwicklung unserer Wirtschaft verpflichtet, alle Versuche, Gehälter, die weit unter dem Existenzminimum liegen, abzumehren.

Die Versuche der Gewerkschaften, eine Verständigung mit den Arbeitgebern herbeizuführen, sind gescheitert. Wenn es nicht anders sein soll, dann wird die Angestelltenchaft der Berliner Metallindustrie durch Anwendung der letzten gewerkschaftlichen Mittel sich seine Existenzberechtigung erkämpfen müssen.

Die auf Beschluß der AIZ-Funktionärerversammlung von den Gewerkschaften angeordnete Urabstimmung muß ein einwandfreies Stimmungsbild der Belegschaften bringen. Restlose Beteiligung aller Angestellten ist unerläßliche Voraussetzung hierfür. Es gilt einem wertebewußten Gehalt und angemessenen Einkommenslagen auch für die Angestellten der Berliner Metallindustrie.

## Drohender Streik in den Reichsmonopolbetrieben.

Die in den Berliner Betrieben der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Brauereibetriebe beschäftigten Arbeitnehmer, die im Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter organisiert sind, haben bei dem Arbeitgeberverband für die Getränkeindustrie, dessen Mitglied die Reichsmonopolverwaltung ist, den Antrag auf Einführung wertbeständiger Löhne gestellt. Da eine Ein-

## An unsere Abonnenten!

In den ersten Tagen dieses Monats erfolgt die Einziehung des Bezugspreises für die erste Hälfte des August, welcher bei uns wie bei allen anderen Zeitungen im voraus zu zahlen ist. Wir bitten unsere Abonnenten, mit Rücksicht darauf, daß die Papier- und Druckrechnungen usw. jetzt im voraus beglichen werden müssen, aber auch Löhne und Gehälter früher als bisher zu zahlen sind, die Quittung sofort bei Vorlegung einzulösen.

Gleichzeitig bitten wir noch, für möglichst frühe Öffnung der Haustür besorgt zu sein, damit die Austräger den Abonnenten die Zeitung zur gewünschten Zeit bringen können.

Vorwärts-Verlag.

gung nicht erreicht werden konnte, wurde der Schlichtungsausschuss angerufen. Am 25. Juli fällte der Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch dahingehend, daß vom 13. Juli bis 2. August d. J. die Löhne der Spritarbeiter, ausgehend von einem durchschnittlichen Juni-Wochenlohn von 250 000 M. und einem durchschnittlichen Juni-Index von 7650, festgesetzt werden sollen. Diesen Schiedsspruch hat der Arbeitgeberverband nicht anerkannt. Die Spritarbeiter hatten vorgestern in einer Versammlung beschlossen, am Mittwoch, den 1. August, eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen über den Eintritt in den Streik. Nach der Stimmung der in den Monopolbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer ist bei der ablehnenden Haltung des Arbeitgeberverbandes der Streik unvermeidlich.

## Der Konflikt im Buchdruckgewerbe.

Die gestern mittag 1 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus tagende Betriebsratsversammlung des graphischen Gewerbes nahm zu dem bisherigen Ergebnis über den Stand der Lohnverhandlungen zum Ausgleich für diese Woche noch einmal Stellung. Braun gab einen Bericht über die Verhandlungen, die vormittags unter Beisein des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns stattgefunden hatten. Ein endgültiges Ergebnis war nicht erzielt worden, aber der Minister hatte für mittags 1 Uhr die Parteien zu sich geladen.

Klotz berichtete von diesen neuen Verhandlungen, die wieder resultatlos verlaufen waren. Nachmittags 4 Uhr wurde jedoch die Tarifkommission, welche zur Beratung über die Löhne der kommenden Woche zusammentritt, an erster Stelle über die Nachzahlung in dieser Woche verhandelt. Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln sich dafür einsetzen werde, daß ein gerechter Ausgleich für diese Woche zustandekommt.

Nach eingehender Debatte, in welcher das Verhalten der Unternehmer auf das schärfste gebrandmarkt wurde, kam folgender Antrag zur Annahme: Die am 1. August im Gewerkschaftshaus tagende Betriebsratsversammlung des graphischen Gewerbes beauftragt die in Frage kommenden Organisationen, eine allgemeine Funk-

tionärerversammlung am 2. August vormittags einzuberufen, die zu dem Ergebnis der Verhandlungen endgültig Stellung nehmen soll und über die zu ergreifenden Maßnahmen beschließt.

## Eigenartige Arbeitervertreter.

Unter Berufung auf das Prehgesetz erhalten wir folgende Be-

richtigung: 1. Es ist unrichtig, daß Herr Rosinski „aus gewissen Gründen“ gefündigt wurde. Richtig ist vielmehr, daß nach dem mir vorliegenden gedruckten Kündigungsschreiben des Deutschen Transportarbeiterverbandes vom 8. Dezember 1922, in das nur der Name meines Mandanten eingefügt worden ist, keine Kündigung deshalb erfolgt ist, weil nach der von der Bezirksverwaltung Groß-Berlin festgestellten Unmöglichkeit, den Verwaltungsapparat in dem bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten, das Dienstverhältnis wegen Einschränkung bzw. Umstellung gefündigt werden müsse.

2. Es ist unrichtig, daß Herr Rosinski dem „Nationalen Berliner Portierverein“, den es übrigens gar nicht gibt — gemeint ist wohl der Verband Berliner Portiers und Berufsgenossen —, „Erfolglosigkeit“ keife und daß er als Kassierer für diesen Verein vorgelesen ist.

3. Es ist unrichtig, daß Rosinski, wie die Berichtsaften erweisen werden, bereits Proben von seiner besonderen Fähigkeit für einen derartigen Posten abgelegt hat. Die Behauptung ist erfunden. Den Einsendern wird Gelegenheit zur Verantwortung an anderer Stelle gegeben werden.“

Bei der Firma Huhn, Coochowstr. 23, wird seit zwei Wochen gestreikt. Die Firma ging in der jetzigen schweren Zeit dazu über, die tarifliche Verdienste der Arbeitnehmer zu kürzen. Als die Belegschaft dazu Stellung nahm, verwies die Firma diese auf dem Betriebe. Leute im Alter von 60 bis 80 Jahren, die dort beschäftigt sind, will sie nicht wieder einstellen, nachdem sie ihre Arbeitskraft und ihre Knochen bei der Firma gelassen haben. Eine üble Schutz- und Streikbrechergarde hat sich die Firma zugelegt, die sich als deutschpöhlischer Kampftrupp bezeichnet und bewaffnet mit schweren Stöcken und anderen Instrumenten frühmorgens in den Betrieb zieht, um ihr übles Handwerk auszuüben. Wir machen die Arbeiterschaft darauf aufmerksam, damit sie bei der Firma keine Arbeit annimmt.

Die Mindestkundenlöhne der Schäftemacher betragen für die Woche vom 30. Juli bis 4. August für männliche Arbeiter 40 000 M., für weibliche Arbeiter 32 000 M. Für qualifizierte Arbeiter bis 10 Proz. Zuschlag.

Buchdruckerstreik in Köln. Wegen Lohnunterschieden legten die Buchdrucker in Köln gestern die Arbeit nieder, so daß sämtliche Blätter nicht erscheinen konnten. Die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks sind vorläufig gescheitert.

Der Breslauer Metallarbeiterstreik beendet. Wie uns unser Korrespondent aus Breslau drahtet, nehmen die Breslauer Metallarbeiter heute die Arbeit wieder auf. Der Schiedsspruch ist in der Urabstimmung knapp durchgegangen. Damit sind die großen Breslauer Streiks sämtlich beendet, ohne daß die Einigungsergebnisse die Arbeiter befriedigen.

Der Schiedsspruch für die Hochseefischerei angenommen. In der am Freitag stattgefundenen Versammlung der Arbeitnehmer im Hochseefischereigewerbe wurde der in Hamburg gefällte Schiedsspruch mit großer Mehrheit angenommen. Wie der Verband deutscher Rauteiler, Sektion Hochseefischerei, mitteilt, geschah die Annahme aus der Erkenntnis heraus, daß die allgemeine wirtschaftliche Notlage des deutschen Volkes es erfordert, daß die Hochseefischerei auf dem schnellsten Wege und in größtem Umfang wieder aufgenommen werde.

Der Arbeitskonflikt bei den schwedischen Eisenwerken, der vor sieben Monaten ausgebrochen ist, wurde am Montag vor der von der Regierung eingesetzten Vergleichskommission geschlichtet.

Sattler-, Tapezierer- und Portierverband. Die Kollegen der Bedenwarenhändler werden gebeten, die Vorkasse heute in der Zeit von 4-5 Uhr im Zimmer 2 zu bezahlen. Später geschlossen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Fraunke 7, Park und Friedrichs-Platz, Freitag, 6 1/2 Uhr, in Becker's Hof, Wehrstr. 17, Kleiner Saal, Delegiertenversammlung.

Katzen, Zimmerer! Am Freitag abend 6 1/2 Uhr haben sich alle Bezirksführer im Saal 2 des Gewerkschaftshauses einfinden; die Vorstands- und Schlichtungskommissionen treffen sich eine Stunde früher im Verhandlungsbureau. Am Sonnabend finden dann in allen Bezirken Bezirksversammlungen statt.

## Aus der Partei.

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratie Lettlands hat den Vertreter Gruffins in der Internationale, J. Zeretelli, und den ehemaligen Sekretär der Internationale, C. Hunsman (Antwerpen), aufgefordert, im September auf längere Zeit Lettland zu besuchen, um das politische Getriebe und die Lage der Arbeiterschaft kennenzulernen. Das Zentralkomitee hat von beiden eine zustimmende Antwort erhalten.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Artur Ostermann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Revision: Dr. John Schlawski, Charlottenburg; Soziales und Sonstiges: Walter Trojan, Reichenberg; Ausland: H. Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Eindeustr. 2. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Jelmweil“.

**Theater, Lichtspiele usw.**

<b>Staatstheater</b> Schauspielhaus Sommerfestzeit. 8 Uhr: <b>Die Freier</b> Lustspiel mit Musik	<b>Volksbühne</b> 7 1/2 Uhr: <b>Madame Butterfly</b> 8 Uhr: <b>Lessing - Th.</b> Sommerfestzeit! 8 Uhr: Die Pfarrhauskomödie Ab 3. Aug. Gastspiel der 3 Studio d. Moskauer Künstler-Th. <b>Prinzessin Turandot</b>	<b>Deutsch. Opernhaus</b> Abends 7 1/2 Uhr: <b>Der Günstling der Zarin</b> Gr. Volksoper im Theat. d. Westens 8 Uhr: Rigoletto <b>Intimes Theater 8:</b> Diplomat im Dienst O blaue Pyjama etc. <b>Metropol-Theater</b> 8 U: Die Schöne der Frauen Vorverk. ununterbr. <b>Neues Theat. a. Zoo</b> Täglich 8 Uhr: Der Leibkutscher d. Fridericus Rex <b>Schiller-Th. Charl.</b> 4 U: SÄße Susi <b>Th. a. Nollendorfpl.</b> 7 1/2: Mein Freund der Lokal <b>Wallner-Theater</b> 8 Uhr: Des Königs Nachbarin	<b>Casino-Theater</b> Wiedereröffnung Freitag, 10. Aug. <b>Deut. Künstler-Th.</b> 7 1/2: Die Tugendprinzessin Musik v. Kurt Zortlig (Adalbert, Seidl, Bols, Lenz) <b>Theater des Ostens</b> (Rose-Theater) 8 Uhr: <b>Li oder Lu</b> Th. a. Kottb. Tor Täglich 7 1/2 Uhr <b>ELITE-Sänger</b> Das brillante August-Programm u. a.: „Wisden und Feuer“ <b>Reichshallen-Th.</b> Thel. 7 1/2, Gastsp. d. National-Sänger 11 Künstler Ab 1. Aug. 10. U. Thel. 8 Uhr. Dänholm-Brett 7 Anf. 7 1/2, 8
---	--	--	--

**Admirals-Varieté**  
8 00 Das internationale August-Programm

**LUNAPARK**  
Ab 3 Uhr voller Betrieb, Feuerwerk  
Tägl. „Aero-Star“, die gr. Luftmaschine d. Welt

**WINTGARTEN**  
Varieté-Spielplan  
Rauchen gestattet!

**Urania**  
Unt. Wilden u. wilden Tieren

**Internat. Varieté**  
8 Uhr

**heute**  
Donnerstag den 2. August  
**Eröffnung**  
der Filiale  
**Badstr. 16, I**  
Am Bahnhof Gesundbrunnen.  
Unseren bisherigen Grundsätzen:  
**Gute Qualitäten,  
Grosse Auswahl,  
Billigste Preise**  
wollen wir auch weiterhin treu bleiben,  
um das in so grossem Maße erworbene  
Vertrauen unserer Kundschaft noch  
weiter auszubauen und zu vergrößern

**Kleczewski**  
Elegante Herren-Bekleidung.  
Textilwaren

**Buchhdl. Vorwärts**  
Berlin SW. Lindenstr. 2

**Sonntage eines Großstädtlers in der Natur**  
Von Kurt Grotte mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche  
Preis-Grundzahl gebunden M. 1.—  
broch. M. 0.50

**Schokolade**  
sehr preisw.  
Sarotti  
Stollwerck  
Mauillon  
Kant u. a. Marken  
billig!  
**Eisen & Diamant**  
Kaiserstr. 4  
Andreasstr. 18

**Krause-Pianos**  
zur Miete  
Ansbacher Str. 1,  
für Kaufmanns

**Graphisches Gewerbe!**  
Donnerstag, 2. August, vorm. 10 Uhr,  
im großen Saal der Buchbinder,  
Friedrichstr. 1  
**Versammlung**  
sämtlicher Funktionäre der vier graphischen Organisationen.  
Tagesordnung:  
**Die Situation im Gewerbe.**  
Ohne genügende Legitimation kein Eintritt.  
Die Vorstände des graph. Gewerbes

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Unionstr. 83/85  
Geschäftszeitvorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt Korben 833 bis 836  
und 6592 bis 6595.  
Gente, Donnerstag, den 2. August,  
abends 7 Uhr, im Lokal von Pöckel,  
Sollnistr. 7

**Vertrauensmänner-Konferenz**  
für die Betriebe der Interessengemeinschaft der Autoreparatur-schlosser.  
Tagesordnung: Bericht von dem Lohnverhandlungen mit der Interessengemeinschaft.  
Jeder Betrieb muß in dieser Vertrauensmännerkonferenz vertreten sein

**Metallicheiter u. Galvanisierer.**  
Für die Betriebe des Verbandes der Metallschleiferinnen und Galvanisieranstalten werden als Voraußscheidung, für die Tage der Verhandlungszeit, 1/2 des jeweiligen Tariflohnes gezahlt. Eine endgültige Vereinbarung wird noch getroffen.  
Die Ortsverwaltung.

Die August-Miete.

Um einer Anregung aus Vereinskreisen entgegenzukommen, bringen wir nachstehend die einzelnen Sätze der August-Miete nach der Magistrats-Bekanntmachung vom 27. Juli (Sonder-Ausgabe des Gemeindeblatts vom 30. Juli) in tabellarischer Form.

Vorweg sei bemerkt, daß mit dem 1. Juli die Umlegung der Betriebskosten für die Portierwohnung weggefallen ist; nur für Mai und Juni sind diese Kosten auf die Räume des Hauses nach dem Maßstabe der Grundmiete umzuliegen, soweit dies noch nicht geschehen ist. Vom 1. Juli ab ist die Portierwohnung bei der Umlegung genau wie eine Mietwohnung zu behandeln. Ob der Vermieter oder der Portier diese Betriebskosten trägt, richtet sich nach den vertraglichen Abmachungen zwischen beiden; der Mieter braucht sich darum nicht zu kümmern.

Am 1. August tritt außerdem infolgedessen eine Erhöhung ein, als die Miete 5000 v. H. Verwaltungskosten weniger zu zahlen haben, wenn sie am 1. Juli 1914 die Hausreinigung selbst auszuführen hatten oder wenn familiäre Mieter eines Hauses später die Verpflichtung zur Hausreinigung übernommen haben. Damit ist einer alten Forderung der Mieterschaft Rechnung getragen.

Die festen Zuschläge.

Außer der Grundmiete sind an festen Zuschlägen für den Monat August zu zahlen:

Table with 4 columns: Zuschlag, A. In einfachen Häusern, B. In Häusern mit besonderen Einrichtungen, C. In Häusern mit besonderen Einrichtungen. Rows include: a) Zinssteigerungszuschlag, b) Verwaltungskosten, c) Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten.

also eine 480fache bzw. 495fache bzw. 510fache Grundmiete (außer der einmaligen Grundmiete als Kapitalzins). Haben die Mieter die Hausreinigung übernommen, so haben sie nur 2960 v. H. Verwaltungskosten zu zahlen, also 5000 v. H. oder eine 50fache Grundmiete weniger.

Es wird also für August nur noch mit vollen Grundmieten gerechnet, ein Verfahren, das von den Mietervertretern gefordert wurde und das sich auch bei der Umlegung der Betriebskosten zur Vereinfachung der Abrechnung empfiehlt; verbleibende Reste, die unter einer vollen Grundmiete bleiben, oder ein durch Abrundung auf eine volle Grundmiete entstandener Ueberschuß für den Vermieter kann bei der nächsten Umlegung verrechnet werden. Wer die Vierteljahrmiete Anfang Juli gezahlt hat, muß den Mehrbetrag, der sich für August ergibt, an den Vermieter nachzahlen.

Der Betriebskostenvorschuß.

den der Magistrat für Juli erneut festgesetzt hatte, und zwar in Höhe einer 100fachen Grundmiete, ist vom 1. August ab auf eine 200fache Grundmiete erhöht worden. Der Mieterverband, Bau Berlin, die Einheitsorganisation der Berliner Mieterschaft, hatte bekanntlich durch einstimmigen Beschluß der Vertreterversammlung die Vorschußzahlung abgelehnt und die Parole ausgesprochen, daß statt der Zahlung des Betriebskostenvorschusses die monatliche Abrechnung über die Betriebskosten erfolgen soll (gegenüber der Vierteljahrsabrechnung bei der Vorschußzahlung). Viele Hausbesitzer haben sich freiwillig dem gefügt, einige haben unklugerweise den Prozeßweg beschritten. Gerichtsentscheidungen über diese Streitfrage sind uns jedoch bis heute nicht bekannt geworden.

Von den Betriebskosten sind bekanntlich diejenigen in voller Höhe umzuliegen, die von einem öffentlich-rechtlichen Verband festgesetzt werden, und zwar: Grund- und Gebäudesteuern, Entwässerungsgebühren, Straßenreinigungsgebühren, Wassergeld,

Schornsteinfegergeld, Müll- und Schlackenabfuhrkosten, soweit sie behördlich begrenzt sind, und Stromkosten für den Fahrstuhl. Die übrigen Betriebskosten werden nur bis zu folgender Höhe umgelegt:

Table with 3 columns: Art der Kosten, für Juli, für August. Rows include: 1. Private Müllabfuhr, 2. Schlackenabfuhr, 3. Fäkalienabfuhr, 4. Kesselreinigung, 5. Feuerversicherung, 6. Glasversicherungen, 7. Wasserleitungsversicherungen, 8. Haftpflichtversicherung, 9. Fahrstuhlbetrieb.

Hat der Vermieter mehr aufgewendet, als nach diesen Sätzen umgelegt werden kann, so ist der Mehrbetrag vor der Umlegung zu streichen. Bei der Umlegung sind bekanntlich alle Räume des Grundstücks (auch Vermieter-, Verwalter-, Portier- usw. Wohnung, Garagen, Stallgebäude usw.) mit ihren Grundmieten einzuliegen.

Der Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten

ist nur auf Grund einer Entscheidung des Mieteinigungsamtes zu zahlen. Dieses ist dabei vom 1. August ab an eine Höchstgrenze von 10 400 v. H. der Grundmiete gebunden (für Juli 4000 v. H.). Die Zuschläge für große und für laufende Instandsetzungsarbeiten werden auf Grund einer Verfügung des Volkswohlfahrtsministers bis auf weiteres in dem gleichen Maße erhöht, wie die Maurerlöhne steigen. Damit werden diese Festsetzungen den monatlichen Verhandlungen mit den Vermieter- und Mieterorganisationen entzogen und wertbeständig gemacht. Die Festsetzung für Juli gilt zunächst als Normalmaßstab für die weiteren Festsetzungen.

In der Zeit vom 15. bis 31. August können die Mietervertretungen vom Vermieter die Abrechnung über die Verwendung der Instandsetzungszuschläge für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. verlangen. Es ist dringend nötig, daß die Mietervertretungen von diesem Recht Gebrauch machen und sich die Belege nebst der Abrechnung zur Nachprüfung vorlegen lassen. Die in wenigen Tagen erscheinende neue Preußische Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz beseitigt alle Zweifel über die Anerkennung der Mietervertretung; wir kommen darauf noch besonders zurück.

Wer kommt zu seinem Fett?

Seit dem Beginn der Preisüberhäufung und katastrophalen Warenknappheit in Fetten, Margarine und Butter kann man wieder vor den Buttergeschäften die aus den Kriegszeit bekannten Polonäsen sehen, die auf die noch halbwegs erschwängliche Ware Stundenlang unter polizeilicher Kontrolle anstehen. Nur ein Unterschied außer dem wahnsinnigen Preisunterschied ist zwischen damals und jetzt dem davon betroffenen Beobachter leider bemerkbar, dem von behördlicher Seite aus im allgemeinen Interesse sofort abgeholfen werden mußte.

War im Kriege wenigstens die Warenverteilung durch das Markensystem garantiert und kontrolliert, so ist jetzt von einer Kontrolle überhaupt keine Rede mehr. Diesen Umstand benutzen die leider allzuvielen unsauberen, von Hamstermanie infizierten oder durch ihren prallen Geldbeutel protegierten Elemente, um sich besonders reichlich mit Ware zu versehen oder sich auf leichtere, mühevolle Weise sie zu beschaffen. Wertwürdigerweise beobachtet man nämlich in diesen Polonäsen tagtäglich immer dieselben Gesichter. Es sind das einestheils ältere Frauen, ältere Männer und Kinder, die ohne größere Verpflichtungen zu Hause oder in einer Arbeitsstelle sich die Zeit nehmen können, um sich stundenlang anzustellen und das Tag für Tag zu wiederholen, um auf diese Weise im wahrsten Sinne großzügig zu konsumieren; andererseits sind es ebensolche Gestalten, die für diese Hamsterei und das Anstehen vom braven Bürger „auf dem Geldsack“ — gemietet und gegen Stundenbezahlung so mißbraucht werden. In den anderen Geschäften,

ich eigentlich auch gern wissen, wie die Dänische Werft jetzt nach der Sintflut aussieht!

Ein niedriges blaßgelbes Tourenautomobil kam in lautem Schwallen vor den Zollboden. In ihm saßen Generalkonsul Martens, Andreas Pauli und eine Dame. Sie trug eine Wachstuchjacke mit Kappe. Mit einiger Bewunderung sah Gude, daß es Maud Martens war.

Doch sie erklärte den anderen ihre Anwesenheit. Sie wollte den Vater nicht allein fahren lassen. Seine Augen waren schwach, die dunklen Brillen glichen den Augenhöhlen eines Totenschädels, er ging gebückt und mit Beschwer und reichste den nächststehenden stützig ein paar Finger über den Stockgriff hinweg. Gude sah er nicht an.

Aber Maud war gleich zu Gude getreten, die blauen, wasserblauen Augen suchten in stillem Forschen die seinen. Mit der um den Kopf gespannten Kappe, schlant, langgliedrig, geschmeidig in dem regenfeuchten Wachstuch, gleich sie einer Taucherin:

„Sind Sie böse, weil ich mitgekommen bin? Erstens wissen Sie, daß ich ein persönliches Interesse an der Dänischen Werft habe. Ich gehöre mit zu der Schar der Rotleidenden, die Sie hier sehen.“ Sie machte eine Handbewegung nach den anderen. „Außerdem bin ich, wie Sie wohl wissen, eine große Bewunderin Ihres ganzen Werkes als Wiederaufrichter nach diesen schlimmen Zeiten.“ Sie lachte. „Wer weiß, ob die Anwesenheit einer Frau Ihnen heute nicht Glück bringen wird! Auf jeden Fall!“ — sie sprang gewandt in den Dampfer — „sind wir, wie man in England sagt, alle in einem Boot. Wir müssen entweder alle gerettet werden oder alle untergehen!“

Andreas Pauli hatte seinem Chauffeur einen Bescheid gegeben und kam jetzt zum Boote herab. Er begrüßte sie stützig alle auf einmal und sprang an Bord. Seine Mienen waren ruhig, aber von einer merkwürdigen verschlossenen Barschheit. Unaufgefordert gab er das Zeichen zur Abfahrt: „Loswerden! und full speed — wir haben Eile!“ Er schöpfte Atem, nahm Platz und betrachtete die anderen einen nach dem anderen ernst, mit einem gewissen gebieterischen Nymphismus. Gude nickte er ein kurzes „Guten Tag“ zu.

Er war in Motortracht und begann mit etwas zu sehr betonter Zerknirschtheit vor dem großen Motorrennen auf dem Färder Strand, das er mitgemacht hatte, zu erzählen. Sein Racer, eine Fiat-Maschine, hatte im dritten Lauf gesteckt. Er nickte Maud Martens zu. Na, er halte ja auch Viktor's an Bord gehabt! Ja, Fräulein Maud war sein Maskott! Darum war sie auch heute mit dabei! Seine Augen trafen für einen Augenblick herausfordernd und kalt Gude's Blick.

deren „geschäftstüchtige“ Inhaber den Warenmangel mit bis 100 Prozent Aufschlag ausnutzen, ohne von der Wucherpolizei daran gehindert zu werden, werden diese unmoralischen Schleichwege tüchtig benützt. Die Folge davon ist, daß Familien, deren Mitglieder in Berufen tätig sind und deren Hausfrauen auf kleine Kinder aufzupassen haben, ebenso wie selbständige Arbeiter und Angestellte leer ausgehen und mit trockenem Brot vorlieb nehmen müssen. Indes ungestört der Hamsterpöbel und reiches Gefindel „im Fett drin“ sitzen. Da die meisten Arbeiterfrauen aus erklärlichem Geldmangel es sich nicht leisten können, Leute zum Anstellen zu mieten oder an anderen Stellen das Doppelte für dieselbe Ware zu zahlen, ist es tatsächlich so.

Warum geschieht nichts dagegen? Eine Kontrolle wäre so leicht: die Meierien und Geschäfte geben nur gegen Vorzeigen z. B. der Zuckertarte eine entsprechende Warenmenge ab; die Karte wird dann abgestempelt und so die Verteilung garantiert. Ist die Behörde zu schwerfällig dazu, das zu veranlassen, oder legt ihr nichts daran? Daß es den Meierien gleichgültig ist, wer ihre Ware bekommt und sie „fett“ macht, ist ja bei der fast ausnahmslos fehlenden Geschäftsmoral begründlich. Daß die Behörde ebenso denkt, weniger. Oder sollte sie anders denken und mit ihren Verordnungen wiederkommen, wenn es zu spät ist?

Genug der Schilddüsigkeiten! Die Behörden mögen umgehend dafür sorgen, daß jeder sein Fett bekommt, sonst könnte es ihnen blühen, daß sie, aber anders „ihr Fett bekommen“.

Wiso: An die Arbeit!

Der Flughafen auf dem Tempelhofer Feld. Maßgebende Verhandlungen in London.

An der äußeren Vollenendung des Flughafens auf dem Tempelhofer Felde wird zurzeit mit großer Energie gearbeitet. Da die Herstellung des Flughafens in seiner vorläufigen Form durch die rasende Geldentwertung sehr in Frage gestellt worden war, sind die Arbeiten in die produktive Erwerbslokalen für die Reichsfinanzverwaltung verlegt, einbezogen worden, und so arbeiten gegenwärtig über 400 Erwerbslose an der Planierung des Hafengeländes, das nach seiner Fertigstellung geradezu ideale Start- und Landungsmöglichkeiten bieten wird.

Inzwischen finden zwischen Deutschland und dem Ausland die Verhandlungen über die Einbeziehung des Berliner Flughafens in das Internationale Luftverkehrsnetz weiter statt. Gegenwärtig weist eine Deutsche Kommission in London, wo mit Vertretern der Entente über die Frage des Anschlusses Deutschlands an die internationalen Konventionen sowie über andere damit im Zusammenhang stehende Probleme verhandelt wird. England selbst hat einen führenden Industriellen nach Deutschland entsandt, der einmal mit den Vertretern der deutschen Flugzeugindustrie, dann aber auch mit den in Frage kommenden Behörden Fühlung nehmen soll. Man rechnet damit, daß der Flughafen Berlin Anfang September vollendet sein wird und daß schon im kommenden Frühjahr ein ausgedehnter internationaler Flugdienst von hier aus aufgenommen werden kann.

Berliner Kriminalpolizei im besetzten Gebiete.

Auf die fortgesetzten Notfälle der Bevölkerung des Ruhrgebiets, die von der Regierung Hilfe ersuchte gegen die nach der Entfernung der Schutzpolizei entstandene Unsicherheit, nahm das Ministerium des Innern eine Verstärkung der dortigen Kriminalpolizei vor, und so wurde auch eine Anzahl von Berliner Beamten nach dem Einbruchgebiet verlegt. Das Ministerium bestimmte natürlich nur die Zahl, die das Polizeipräsidium zu stellen hatte, und die Auswahl wurde, ebenso selbstverständlich, von der Leitung der hiesigen Kriminalpolizei getroffen.

Bebauerdlicher Weise sind einige der verlegten Beamten von der französischen Besatzung als „Spione“ verhaftet worden. Als dies dem Ministerium bekannt wurde, ordnete es, um nicht auch die anderen diesem Schicksal auszuliegen, ihre Zurückziehung an, und sie befinden sich, abgesehen von dreien, die noch in Haft sind, wieder in Berlin. So der wahre Sachverhalt, der natürlich, soweit Verhandlungen erfolgt sind, sehr zu beklagen ist, aber von jedem Vernünftigen nur als ein Glied in der Kette des großen Unglücks angesehen werden wird. Anders das völkische „Deutsche Tageblatt“. Es sieht in dem Vorfall einen neuen Beweis für die abgrundtiefe Bosheit des Ministers Severing. Er hat, so erzählt das Blatt seinen

Aber Maud Martens hatte ihre Schulter der Gude's genähert, das kalte Wachstuch um ihre Knie streifte, klamm wie die Haut eines Frosches, seine Hand, er sah ihr kleines, reptilartiges, schönes Profil, die geschmeidige Krümmung des Nackens unter der Kappe. Ihr Körper folgte melodisch dem Wiegen des Bootes auf dem Wasser.

Die anderen sprachen von dem Motorrennen und seinem Ausfall, sie nannten die Namen von Teilnehmern, ihren Damen, den Maschinen und den ausgefallenen Gerichten des Menüs. Pauli berichtete mit rollender Stimme über das fürstliche Programm der drei großen Tage, die Herren diskutierten, ob der und jener, der mit dabei gewesen war, noch seinen Kolls-Royce von der letzten Saison hatte — ja, gewiß! Der fuhr noch stolz wie zuvor herum! Der Gedanke schien sie anzuspornen: Der Betreffende hatte Millionen an deutscher Baluta verloren, hielt aber noch seinen herrlichen mit Park und Motorjacht! Mit verkniffenem Gesicht streifte einer das Gesicht des anderen, als revidierte er heimlich ein Konto und schätzte die Bilanz. Sie hielten noch! Ja, ja, alles wohl an Bord! Sie lachten leise über eine Geschichte, die — Fräulein Mauds wegen — mit Parantischen von dem großen Matador und früheren Schiffsreeder, Kapitän Beckert, erzählt wurde, der, das Jachtklubzeichen an der Mütze, die rotgesprenkelten Wangen mit Zigarrenrauch aufblies, und auf Seemannsweise lässig halb über der Reling des Bootes hing.

Aber der Schwerpunkt, zu dem alle hinstrebten, war Andreas Pauli. Ihre Blicke bewachten sein Mienenspiel, froren, wenn er schwieg, atmeten auf, wenn er sein üppiges Lachen rollen ließ. Er zeigte Gude, offenbar vorfälschlich, daß er auf seine Gefühle keine Rücksicht mehr nähme.

Fredrik Dyrhammer sah schlaff und elend da, untröstlich über seinen Verlust, den er kürzlich an einer zu fallender Baluta verkauften Partie Schmalz erlitten hatte. Er war, wie Gude wußte, der einzige Solvent des Aufsichtsrates hier an Bord, doch der Gedanke an die verlorenen paar Millionen Papiermark verurteilte ihn Herzensspein, sein geisteschwaches Gesicht hing in schlaffen Säden, und seetrant war er obendrein. Es fielen Tropfen von seiner knorpeligen, langen Nase — vom Regen oder von Tränen. Das Boot schlug plätschernd gegen das schwarze Wasser. Herr Dyrhammer öffnete einen seidenden Regenschirm, bedeckte ihn aber für sich allein. Konrad Martens hustete höflich, und seine Tochter packte ihn in Blids, ihre Augen aber waren ohne Mitleid, sie suchten, von schmerzlicher Weisheit schimmernd, die Gude's.

(Fortsetzung folgt.)

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung\*.)

Einer nach dem anderen kamen sie. Sie begrüßten ihn recht formell, unzufrieden mit seinem heutigen Arrangement, und fanden es ganz überflüssig, so viel Aufhebens mit Besichtigungen und Outachten von der Sache zu machen, zumal die meisten von ihnen um der heutigen Sitzung willen wichtige Dinge hatten beiseitesehen müssen. Sie standen in einer Gruppe beisammen und sprachen miteinander; Gude überließ sie sich selbst. Er war für sie wohl nur ein unnötiger, ja sogar beschwerlicher Zuwachs. Direktor Steensen kam in seinem Automobil; um ihn sammelten sie sich und erörterten zufällige Neuigkeiten von Geschäftsleben und Börse, klagten über das Wetter, das rau und unfreundlich und hin und wieder mit Sprühtregen vermischt war.

Steensen begrüßte Gude steif und sprach die Hoffnung aus, daß die Sitzung bald überstanden sein würde, da er um ein Uhr eine Besprechung hätte. Er sah ein wenig ungeduldig auf seine Uhr: es fehlten noch Generalkonsul Martens und Andreas Pauli. — Ein paar von den Herren gingen auf den Dampfer und setzten sich mit über dem Stock gekreuzten Händen auf die langen Wachstuchsitze achtern. Schon hier am Kai schaukelte der Dampfer leise. Der eine Herr, Fabrikant Dyrhammer, sah magenleidend aus und murmelte sein Unbehagen, während der andere, Ludwig Franke — der Leiter der großen, von der Bank gestützten Bankfirma — nur bleich lächelte, aber mit zusammengebissenen Zähnen dasah und aushielt.

Kurz darauf kam zu Fuß und sehr eilig Hugo Heine, der andere Direktor der Bank. Keiner schien ihn erwartet zu haben, am wenigsten Steensen, dessen Augenbrauen sich ein wenig verblüfft emporzogen. Direktor Heine gab allen lebenswürdig lächelnd die Hand. Zu Gude sagte er:

„Ich hoffe, Sie werden sich nicht wundern, mich hier zu sehen. Die Dänische Werft ist ja Steensen's und nicht mein Ressort, aber ich habe — ganz privat — mit größtem Interesse Ihr Projekt verfolgt.“ Er fügte hinzu: „Und dann möchte

\* Der Roman ist in Buchform im Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 50, Kanferstr. 34, erschienen und wird an die Mitglieder des Verbandes geliefert. Die Mitgliedschaft ist kostenlos. Druckfächer über den Verband werden von diesem auf Aufforderung zugesandt.

